





Märzaktion die Räterepublik zu errichten. Aus dem Grunde habe ich ja auch politische Gegner, die ich ständig bekämpft habe, Minister Felliich, Friedel usw. als Zeugen genannt — ob sie unter Zeugeneid aufrechterhalten, was ihre Zeitungen uns unterstehen — ob sie mir zutrauen, die mich doch seit Jahren kennen, daß ich — ich muß es immer wiederholen — und mich leidenschaftlich dagegen wehren, einen solchen politischen Anstich begehen könne, der mir hier unterstellt wird.

Wo bleibt bei dieser Auffassung die sogenannte „Diktatur des Proletariats“? Auch das ist viel einfacher, als man es sich vorstellt. Die KPD. kann nach Brandler die Diktatur erst ausüben, wenn sie die überwältigende Mehrheit des Proletariats hinter sich hat, das Proletariat bildet aber nach seiner Schätzung 90 Proz. der Bevölkerung. Die überwältigende Mehrheit von 90 Proz. der Bevölkerung ist aber zugleich auch die überwältigende Mehrheit des Gesamtvolkes. Der Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratie löst sich durch dieses Jauberksstück in Dunst auf, und der Ehrenvorsitzende der Moskauer Internationale enthüllt sich uns als das, was er im Grunde seines Herzens wahrscheinlich auch wirklich ist: als ein braver Demokrat. Als solcher hat er auch das Recht zu sagen, daß die Diktatur, wie er sie aufzufaßt, mit einem Minimum von Gewalt auskommen könne und auszurufen:

Die Diktatur des Proletariats ist möglich sogar bei Bestehen der deutschen Verfassung!

Hoffentlich werden diese Worte eines maßgebenden Führers genügen, um alle idiotischen Versuche, die deutsche Verfassung gewaltsam zu stürzen, ein für allemal zu unterbinden.

Soweit erscheint also Brandler durchaus als Menschewitz, Sozialdemokrat, äußersten Falls Rechtsunabhängiger. Aber es gibt doch einen Punkt, an dem sich unsere Wege weit trennen, das ist Brandlers revanchedurstiger Nationalismus. Von ihm zeugt folgende Stelle:

Herr Staatsanwalt! Wir sind mit der herrschenden Partei in Rußland schon längst verbündet. Dazu fordern wir kein Bündnis mit Sowjetrußland. Wir fordern dies Bündnis durch die Regierung, weil wir der Meinung sind, daß dies der einzig richtige Ausweg ist in unserer Lage, wo wir der Entente gegenüberstehen und von ihr wie eine Zitrone ausgepreßt werden. Daß in dieser Forderung der einzig rettende Ausweg liegt, haben wir seit 1918 verteidigt. Liegt darin etwa ein Hochverrat! Denken Sie sich doch in die Situation hinein! . . . .

Wir glauben nicht, daß die Weltgeschichte mit Rosowasser gemacht wird. Wir werden, wenn nicht die Arbeiterklasse Englands und Frankreichs uns zuvorkommt, uns gegen die räuberischen Angriffe der Entente zur Wehr setzen müssen, mit der Waffe in der Hand.

Wir müssen bekennen, daß der Ehrenvorsitzende der 3. Internationale mit diesen Ausführungen der Gefühlswelt des Staatsanwalts und der Richter wahrscheinlich näher gekommen sein dürfte als der unseren. Aber gleichviel, hat man das Protokoll dieser Gerichtsverhandlung gelesen, so bleibt nur zweierlei übrig: Entweder muß man Brandler für einen feigen Strolch halten, der sich vor Gericht herausschwindeln wollte — und daß er das nicht ist, können wir mit gutem Gewissen behaupten — oder aber dieser Brandler ist ein Sozialpatriot, ein Feind der Gewalttätigkeit (wenigstens im Innern), ein Schützer der Verfassung, kurz und gut ein Ordnungselement der demokratischen Republik. Welche Häufung von Mißverständnissen diesen Mann zum Kommunisten und sogar zum Vorsitzenden der KPD-Zentrale während der Märzaktion gemacht und ihn schließlich vor Gericht gebracht hat, braucht hier nicht weiter untersucht zu werden. Möge Brandler bald amnestiert werden und als Führer der KPD. im Sinne der Ausführungen, die er vor Gericht machte, weiter tätig sein! Man wird dann nicht mehr die Wiederholung solcher idiotischen Verbrechen zu befürchten brauchen, wie die sogenannte Märzaktion eines gewesen ist!

## Die Stadtverordnetenwahl.

Das „8-Uhr-Abendblatt“ brachte gestern abend die bestimmte Mitteilung, daß die Neuwahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung am 9. Oktober stattfinden werden. Zwar ist dieser Termin in den letzten beiden Tagen wiederholt genannt worden, wie wir aber durch Nachfrage an zuständiger Stelle haben feststellen können, steht der Tag der Neuwahl noch keineswegs fest, wiewohl man auch im Rathaus annimmt, daß der 9. Oktober, der ein Sonntag ist, der Wahltag sein wird.

Weiter bringt das Blatt die folgende merkwürdige und befreiende Mitteilung:

Als gestern das Urteil des Oberverwaltungsgerichts ihm (dem Stadtverordnetenwähler) in einem Exemplar zugestellt wurde, begab sich der Stadtverordnetenwähler zum Bürgermeister, wo sich herausstellte, daß der Magistrat, obgleich der Inhalt des Urteils schon seit etwa 14 Tagen bekannt ist, mit der Regierung noch keinerlei Fühlung wegen Schaffung eines Uebergangsstadiums, das die Weiterführung der Stadtgeschäfte ermöglicht, genommen hatte. Nach unserer Anfrage, die wie sofort an eine an völlig unterrichteter Stelle stehende Persönlichkeit richteten, erhielten wir zur Antwort, daß diese Mitteilung nicht zutrifft. Der Magistrat stehe im Gegenteil seit geraumer Zeit wegen der Schaffung des Uebergangsstadiums mit dem Minister des Innern in Verbindung und Unterhandlung.

## Ein Vaterlandsheld.

Wie wir berichteten, hatte in der Hamburger Bürgerwehr der deutsch-nationale Oberlehrer Dr. Ridderhoff durch Vorwürfe, die er einem Teil des deutschen Volkes wegen seiner Haltung während des Krieges machte, scharfe Szenen in einer der letzten Sitzungen hervorgerufen. — Wie uns aus Hamburg gemeldet wird, wurden aus der Mitte der Bürgerwehr nun dem Herrn Ridderhoff gemacht, daß er sich, im Gegensatz zu seiner national-ideologischen Haltung nach dem Kriege, während des Krieges vom Kriegsdienst gedrückt habe. Auch seinen Sohn habe er verjagt, reklamieren zu lassen. Darauf hat die deutsch-nationale Fraktion für ihr Mitglied Stellung genommen und die Beweise für die Behauptungen verlangt. In der gestrigen Sitzung der Hamburger Bürgerwehr wurde nun an der Hand von Briefen, die Dr. Ridderhoff selbst bezüglich seiner Reklamation an die vorgelegten Behörden gerichtet hatte, ein scharfes Gericht über ihn gehalten. Er wurde von mehreren Rednern der sozialdemokratischen und der demokratischen Fraktion für parlamentarisch tot erklärt. Unter lebhaftem Beifall wurden die Annahme des Oberlehrers, der zwar in seinen Phrasen national, in den Handlungen aber nicht weniger als das war, an den Pranger gestellt.

## Untersuchungsausschuß für Mitteldeutschland

In den nächsten Tagen wird eine Kommission von sieben Mitgliedern, zu der jede Partei ein Mitglied stellt, sich nach Mitteldeutschland begeben, um die Verhältnisse in Mitteldeutschland, besonders auch im Leuna-Werk, zu studieren und mit einzelnen Persönlichkeiten Fühlung zu nehmen. Die Kommission soll die Verhältnisse studieren, die damals bei Ausbruch der Unruhen vorgelegen haben. Besonders soll geprüft werden, ob ein Teil der Schuld vielleicht auf schlechte Informationen der Regierungsstellen zurückzuführen ist. Die Untersuchung hätte mehr Bedeutung, wenn sie früher gekommen wäre, denn es sollen doch Tatbestände und Angaben über solche geprüft werden, die sich schon längst in Urteilen, in Gefängnis und Zuchthaus ausgewirkt haben. Dennoch wird die Untersuchungskommission bei gründlicher Arbeit noch viel Nutzen stiften können.

Rheinland im Reichsrat. Der rheinische Provinziallandtag wählte in den Reichsrat den Abg. Landgerichtsrat Dr. Schumacher-Köln (Zr.) und seinen Stellvertreter, den Abg. Redakteur Paul Gerlach-Düsseldorf (Coz.).

2 und 2½. Vanderelde (2) ist zu Besprechungen mit der Sozialistischen Partei Frankreichs (2½) über die Londoner Konferenz nach Paris gereist.

## Neunzig Tage vom Sieg entfernt.

Endlich hat die Reichspresse für die Hundstage den richtigen Agitationsbraten erwirkt. Auf der Eröffnungssitzung der Reichslandwirtschaftskonferenz Englands und seiner Kolonien in London hat der Minister von Australien eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte, während des Krieges sei Großbritannien nur 90 Tage von einer Hungersnot entfernt gewesen!

Befähigen die reaktionären Blätter einige Objektivität, dann wären sie so anständig, ihren Lesern mitzutellen, daß der Minister die Bemerkung gemacht hat, um zu zeigen, wie notwendig es für England sei, den intensivsten Handel mit den eigenen Kolonien zu treiben und von Zufuhren der Vereinigten Staaten unabhängig zu bleiben. Erfährt man dies, dann bekommen die 90 Tage ein ganz anderes Gesicht. Aber daran ist den Rückschrittsblättern gar nichts gelegen. Sie biegen die Sache ein bißchen um und jubeln wie die „Deutsche Zeitung“: „Nach 90 Tage hätten wir aushalten müssen und die vier Jahre Heidentum wären nicht vergeblich gewesen. Neunzig Tage länger ein Volk in Waffen — und niemals ein Volk in Knechtentum. Neunzig Tage zu früh: der 9. November!“

Jetzt wird nun auch das kleinste patriotische Käseblättchen draußen in der Provinz erzählen, wie hätten „nur noch ein Vierteljahr“ aushalten sollen, dann wären heute wir oben und die anderen unten. Mit Vernunftgründen ist den Leuten, die so etwas glauben, nicht beizukommen; deswegen wollen wir daran erinnern, daß Deutschland schon im Jahre 1914 nur durch einen Glücksfall den Krieg nicht verloren hat! Damit man nicht etwa denkt oder behaupten kann, es handele sich bei unserer Feststellung um eine einseitig orientierte Quelle, sei derjenige genannt, der diesen Glücksfall feierlich auf einer nichtöffentlichen Tagung der Militärjuristen in Brüssel betonte. Es war der Vorsitzende der Reichsentschädigungskommission Hietmann. Er stellte seinen verblüfften aufstrebenden Zuhörern mit, daß Deutschland im Winter 1914/15 den Krieg aus Mangel an Pulver verloren hätte, wenn nicht zum Glück in Antwerpen große Salpeterlager erobert worden wären.

Das Kriegsministerium und der Große Generalstab, die Regierung und die berühmten Fachleute des alten Systems, sie alle zusammen, so oft sie auch vom kommenden Krieg geredet hatten, sie hatten nicht einmal dafür gesorgt, daß Deutschland für ein halbes Jahr Krieg die nötigen Rohstoffe zur Pulverherstellung besaß! Amüsanterweise ist es dann der „berühmte Jude“ Rathenau gewesen, der durch die Ausbildung der Kriegsstofforganisation dafür sorgte, daß durch Gewinnung von Stickstoff aus der Luft genügend Salpeter für die deutsche Kriegführung erzeugt wurde.

Wieso schon 1914 hing das Schicksal Deutschlands an einem seidenen Faden. Wie lächerlich die Behauptung ist, daß man durch Worten und durch noch längeres Hungern noch hätte gewinnen können, zeigt auch die Argumentation der „Kreuz-Zeitung“. Sie meint, aus den Äußerungen des australischen Ministers gehe hervor, wir hätten den unbeschränkten U-Boot-Krieg früher beginnen müssen. Dann wären also wohl die 90 Tage am 9. November schon vorübergegangen und wir hätten im November 1918 den Krieg gewonnen? Man sollte nicht glauben, daß es Menschen gibt, die dieser Unfinn reden. Deutschland hat doch bekanntermaßen den unbeschränkten U-Boot-Krieg begonnen, ohne im Besitz einer ernsthaften U-Boot-Flotte zu sein.

Die Herren von rechts können sich trösten, sie kommen sicher ins Himmelreich, wenn wahr ist, was in der Bibel steht, daß die die größte Ausfüßt haben hineinzukommen, die geistig arm sind.

Die große Truppenrevue des 14. Juli in Paris ist angeblich wegen der Hitze ausgefallen. Im Rheinland hat sie den Klimbin nicht gehindert. Die „Humanität“ bezeichnet mit Genugtuung das Gerücht, daß die Parade aus Verlegenheit antimilitaristischer Kundgebungen ausgefallen sei.

Die Deutschen in Australien. Die australische Bundesversammlung hat eine „Sal.“ Kommission ernannt, welche die Loyalität der deutschen Bewohner Australiens mit dem Ziele untersuchen soll, den öffentlichen Verwalter des während des Krieges beschlagnahmten Eigentums zu einer Entscheidung über seine Rückkattung zu führen.

## Vom Sonnen- und Regenschirm.

Kulturgegeschichtliche Blauderei von Albert Schweiger.

Der Schirm, der seit langem eins der unentbehrlichsten Requisiten des modernen Menschen bildet, blüht auf eine lange und stolze Geschichte zurück. Er hat Jugend- und Entwicklungsjahre durchgemacht, Anfeindungen und Hindernisse überwunden, bis er sich endlich im 18. Jahrhundert seine Geltung als Begleiter jedes richtiggehenden Bürgers errungen hat.

Der Schirm war lange Zeit hindurch ein Symbol von Ansehen und Macht. Diese Eigenschaft hat er sich im Orient bis auf unsere Tage bewahrt. Ein altes Relief in Ninive stellt einen Fürsten dar, über dessen Haupt ein Sklave einen Sonnenschirm hält. Ein Herrscher in Birma erließ noch im Jahre 1858 eine Proklamation, in der er sich zum „König über 24 schirmtragende Fürsten“ erklärte. Auch in der Türkei galt der Sonnenschirm lange als Symbol der Herrscherwürde.

Im klassischen Zeitalter der Griechen und Römer kam er auch nach Europa. In der griechischen Kunst balancieren besonders die zarten Figürchen aus Tanagra reizende Schirme, die wie große Blätter über den niedlichen Blumen stehen. Während im Orient der Schirm weit mehr von den Herren der Schöpfung getragen wurde, treffen wir ihn bei den alten Griechen und Römern aber nur als Begleiter der Damen. Es galt geradezu als ein Zeichen weiblicher Verweichlichung, wenn ein Mann des Gebrauchs eines Schirmes verdächtigt wurde. Der römische Dichter Claudian klagt schon im Jahre 399, daß die römischen Junglinge, die dereinst die sabinschen Jungfrauen in ihren Armen davongetragen hatten, jetzt so verweichlicht seien, daß sie nur noch den Sonnenschirm spazierenführen. Plinius erzählt, daß die Sonnenschirme der Römer anfänglich aus Palmblättern bestanden hätten und erst später aus Stoff gefertigt worden seien. Daß man damals auch schon zusammenlegbare Schirme kannte, beweist eine Stelle aus Aristophanes' Lustspiel „Der Ritter“, in dem der klassische Dichter sagt: „Denn deine Ohren waren ausgespannt grad wie ein Sonnenschirm und klappten wieder zu.“

Im Mittelalter ging diese Errungenschaft der Kultur wie so vieles andere verloren. Altkun, der Lehrer und Freund Karls des Großen, schrieb im Jahre 800 an den Bischof von Salzburg einen Brief, in dem es heißt: „Altkun fendet dem Bischof ein Schuttdach, damit es Euer verehrungswürdiges Haupt vor Regengüssen bewahrt.“ Damit hören wir zum erstenmal etwas über die Verwendbarkeit des Regenschirms. Einige Jahrhunderte später nahm die katholische Kirche den Schirm auch in ihren Kultus auf. Bereits im Jahre 1176 ließ sich der Doge von Venedig stets einen Brunnschirm vorantragen, wenn er ausging, mochte die Sonne scheinen oder nicht. Der englische Reisende Thomas Coryote äußert sich im Jahre 1611 genauer über den Schirm in Italien, wo um das Jahr 1600 der Regenschirm schon allgemeiner wurde. Von

Italien kam er nach Frankreich, bürgerte sich aber erst unter Ludwig XV. dauernd ein.

Sehr bekannt in Nordeuropa wurde der Schirm durch die Schilderung des Sonnenschirms des Robinson Crusoe in der berühmten Erzählung Defoes, die im Jahre 1719 zum erstenmal erschien. Zu gleicher Zeit kamen auch die ersten Schirme in England auf. Sie fanden jedoch keine gute Aufnahme und es war nur dem Philantropen Jonas Hanway zu verdanken, daß der Schirm sich im Verkehr eines Menschenalters durchsetzte. Für Hanway war es stets ein wahres Speichrutenlaufen, wenn er sich mit seinem fremdartig anmutenden Dach auf der Straße zeigte. Er wurde von der Menge verfolgt, verspottet und verhöhnt. Aber mit lässlicher Fäßigkeit trug er Zeit seines Lebens den Schirm mit sich. Endlich, kurz vor seinem Tode, hatte er die Genugtuung, daß durch ihn der Regenschirm in England Eingang fand.

Um das Jahr 1755 wurde der Schirm durch eine Nürnberger Firma aus Frankreich in Deutschland eingeführt. Die Männer des 18. Jahrhunderts bedienten sich aber noch nicht häufig des Regenschirms. Erst die Leute der Biedermeierzeit trugen ihn mit Würde und Behagen. Er wurde das Symbol dieser gemüthlichen und vorsichtigen Epoche, und seitdem gehört er auch bei uns zum unzeräuerlichen Besitz unseres alltäglichen Lebens.

Das Staatstheater im nächsten Spieljahr. Die Intendanz unseres Staatlichen Schauspielhauses plant für die kommende Saison die Aufführung folgender Dramen: Schiller: „Don Carlos“ und „Die Braut von Messina“; Goethe: „Faust I“; Shakespeare: „Othello“ und „Hamlet“; Grabbe: „Herzog Theodor von Sotland“; Calderon: „Der standhafte Brinz“ (in neuer Bearbeitung und Uebersetzung). — Von neueren Werken wurden folgende gewählt: Friz von Unruh: „Prinz Louis Ferdinand“; Gerhart Hauptmann: „College Crampton“; Strindberg: „Karl XII.“; Moriz Heymann: „Joachim von Brandt“. — In Aussicht genommen wurde ferner ein neues Werk von Carl Zuckmayer.

Die Reihe der Erstaufführungen wird im September eröffnet durch Ferdinand Raimunds „Die gefesselte Phantastie“, mit der von Felix Wolf bearbeiteten Musik Franz Schuberts.

Staatliche Beihilfen gegen Tuberkulose. Nachdem schon die in den preussischen Staatshaushalt eingestellten Mittel für Beihilfen zur Bekämpfung der Tuberkulose verstärkt sind, erweitert der preussische Volkswohlfahrtsminister, wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, die bisher möglichen Grundzüge zur Verteilung dieser Staatsmittel.

So können jetzt Staatsbeihilfen auch gewährt werden an leistungsmächtige Gemeinden und Kreise sowie private Wohlfahrtsorganisationen, um Einrichtungen und Anstalten zur Heilung der Tuberkulose zu unterhalten. Bedingung ist nur, daß es sich dabei um die Beseitigung vorübergehender finanzieller Schwierigkeiten handelt. Sodann können Beihilfen gewährt werden zur

ersten Anlage von Einrichtungen und Anstalten, wenn die Mittel zur weiteren Durchführung des Unternehmens gesichert sind. Voraussetzung dabei ist in der Regel, daß sich auch die Krankenkassen, Versicherungsanstalten usw. in angemessener Weise an der Kostenbedeckung beteiligen. Auch von privater Seite geschaffene Anstalten können vom Staat unterstützt werden. Sodann ist es möglich, ausnahmsweise Beihilfen für theoretische wissenschaftliche Arbeiten zu gewähren, die auf Verhütung und Heilung der Tuberkulose unmittelbar abzielen.

Die Prüfung der Maschinenschreiberin. Interessante Versuche über die Befähigung zum Maschinenschreiben sind von dem staatlichen Laboratorium für Berufseignung in Cambridge angestellt worden. Es wird dabei ein elektrischer Apparat verwendet, der abwechselnd rote, grüne und gelbe Lichter zeigt, und eine Stoppuhr, die den hundertsten Teil einer Sekunde angibt. Die Lichter kommen in unregelmäßigen Zeiträumen getrennt auf, und der zu Prüfende muß jedesmal sofort den Knopf niederdrücken, der das aufflammende Licht auslöscht. Die Uhr, die ebenfalls elektrisch kontrolliert wird, verzeichnet die Länge des Zwischenraums zwischen dem Ausflammen des Lichts und dem Auslöschen. Diejenige Maschinenschreiberin, die in der geringsten Zeit das Licht zum Verlöschen bringt, soll für den Beruf am geeignetsten sein.

Einige der Mädchen brauchten zwei Zehntel Sekunden, um das Licht auszulöschen. Andere brauchten vier Zehntel Sekunden. Wer eine halbe Sekunde braucht, um den Knopf niederzudrücken, der ist zum Maschinenschreiben nach dieser Eignungsprobe nicht befähigt.

Das belgische Trophäenfest. Ein internationaler Kongreß für Medizin und Arzneikunde findet gegenwärtig in Brüssel statt. Trotzdem das internationale Rote Kreuz auf dem Kongreß vertreten ist, sind die deutschen Gelehrten wiederum ausgeschlossen worden.

Daß durch eine Teilnahme der deutschen Mediziner die Beratungen des Kongresses und die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft gefördert werden würden, bezweifeln wohl auch diese „Internationalen“ nicht. Aber ehe sie ihren blöden Haß gegen alles Deutsche unterdrücken, schädigen sie lieber sich selber. „Ist meinem Vater ganz recht, wenn ich mir die Finger abfriere — weshalb kauft er mir keine Handschuhe!“ sagte der eigensinnige Junge und ging bei 20 Grad Frost mit bloßen Händen spazieren.

Die Stubenfliege, unser anscheinend so harmloser Haus- und Tischgenosse, ist in Wirklichkeit einer der schlimmsten Feinde der Menschheit. So ziemlich alle ansteckenden Krankheiten, Typhus, Brechdurchfall, Tuberkulose, Milzbrand, Pocken, Scharlach, bringt sie uns als Begengeschenk für unsere Gasfreundschaft. Da die Fliegenplage jetzt wieder in größerer Stärke auftritt, sei an ihre gesundheits-schädliche Seite erinnert.

Arbeiter-Kunsausstellung. Peter-Straße 29. Die Rosenkranzstellung des Arbeitermalers Otto Rangel ist nur noch bis 31. Juli. Am morgigen Sonntag finden donnerstags 10 und abends 7 Uhr Vorträge statt.

„Mining“ aus der „Stromid“ gefordert. In Riß in Mecklenburg fand dieser Tage eine Frau Ingenieur Vogt, die in ihrer Jugend für Feigheit das Vorbild zum Mining in der „Stromid“ gewesen ist.



# Groß-Berlin

## Lehmin.

Eins der ältesten Klöster der Mark Brandenburg ist Kloster Lehmin. Seine Gründung erfolgte um 1180; Mönche des Klosters Sittlichkeitsbuch bei Eisleben wurden hierhin versetzt. Von den alten Bauwerkstätten ist nur noch wenig erhalten; im Lauf der Jahrhunderte wurde viel umgebaut und ausgebessert. Am bemerkenswertesten ist das „Königshaus“ aus dem 15. Jahrhundert, in dem ein kleines Museum untergebracht ist.

Vom Potsdamer Hauptbahnhof fahren wir mit dem Fernzug bis Groß-Kreuz und dann mit der Kleinbahn weiter nach Lehmin. Die schöne Wald- und Wasserumgebung hat Lehmin zu einem beliebten Ausflugsort und Sommeraufenthalt gemacht. Viele Seen liegen in der Umgebung des Ortes, so der Klostersee, Mühlenteich, Gohlisee, Mittelsee, Schampsee und Kospinsee.

Im Klostergarten stehen alte hohe Binden, die höchsten der Gegend. Wir verlassen Lehmin gen Ost auf der alten Potsdamer Landstraße, die sich, von alten Eichen begleitet, durch den Wald zieht. Bald biegen wir rechts ab zum Schampsee und Kospinsee, zwei echte märkische „Waldaugen“ die in stiller Ruhe und Abgeschlossenheit in dem vertäumten Walde liegen. Auf dem Westufer des Kospinsees wandern wir gen Süd zum Luchgraben. Von der über den Graben führenden Luchbrücke (die zweite Brücke) in östlicher Richtung nach Kefau. Diese kleine Siedlung ist in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts berühmt geworden durch den „Spul von Kefau“, der sich aber später als ein geschickt ausgeführtes Taschenspielerkunststückchen entpuppt hat.

Von Kefau kommen wir in nordöstlicher Richtung über die Kenneberge nach Biesendorf, das am Nordhang des Krummatenberges liegt. Wir durchwandern das Dorf und verlassen es gen Nordost auf der Straße nach Glindow. Sobald wir aus dem Walde treten, sehen wir die Häuser dieses Ortes vor uns. Durch Glindow kommen wir nach Werder. Am Osthang der ehemaligen Lehminer Weinberge, die jetzt die Werderschen Obstgärten tragen, wandern wir zum Bahnhof Werder. Weglänge etwa 22 Kilometer. Abfahrt früh 8 Uhr 10 Min. oder bereits abends 7 Uhr 20 Min.

## Nie wieder Krieg!

Vor einigen Tagen brachten wir die Mitteilung von einer für den 31. Juli, dem Tag des Kriegsausbruchs, geplanten großen Demonstration aller am Völkerverständnis und Völkerverständigung interessierten Groß-Berliner Organisationen, Bünde und Vereine. Wie wir schon hören, hat auch die Berliner Gewerkschaftskommission die Teilnahme der Gewerkschaften an dieser maßvollen Kundgebung aller Friedensfreunde beschlossen.

## Der rabiate Schwiegersohn.

Wegen qualifizierten Hausfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung hatte sich der Gastwirt Paul Obst aus der Lippehner Straße vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten.

Der Angeklagte, der verschiedene Jahre in Frankreich, England und Ägypten als Oberkellner tätig gewesen war, hatte in Kairo bei der Seefahrt einen Sonnenstich erlitten, durch den eine dauernde Schädigung seines Nervensystems erlitten. Er hatte im November 1919 die Tochter eines Eisenbahnführers in Bernau kennen gelernt, die er geheiratet, aber sich schließlich wieder von seiner Frau getrennt; dann ergab er sich dem Spiel und dem Trunk, fuhr eines Tages nach durchzechter Nacht nach Bernau und schickte einen ihm bekannten Schankwirt, der ihn begleitete, zu seinen Schwiegereltern voraus, weil er von diesen etwas Geld für die Reise zu seinen Eltern haben wollte. Als der Angeklagte dann nachkam, stemmte er, um die Tür offenzuhalten, den Fuß zwischen die Tür. In dem Augenblick schlug ihn sein Schwiegervater mit einem Gummiknüdel auf den Arm, was den Angeklagten so in Wut versetzte, daß er eine Pistole, die er bei sich hatte, hervorholte und drei Schüsse in das Wohnzimmer seiner Schwiegereltern abfeuerte. Durch diese Schüsse erhielt der Schwiegervater einen Streifschuß am Kopfe, ein zufällig anwesender junger Mann einen schweren Beckenschuß, wegen dessen der Verletzte wochenlang im Krankenhaus liegen mußte und seine Ehefrau einen Schuß

in den Ellenbogen. Dem Angeklagten wurde ferner zur Last gelegt, daß er seine Ehefrau die Treppe hinuntergeworfen habe, wodurch die Frau einen komplizierten Schädelbruch erlitt. Diese Tat bestritt der Angeklagte aufs entschiedenste.

Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Gefängnis. R. A. Dr. Johann führt für den Angeklagten ins Feld, daß dieser nach dem ärztlichen Gutachten minder zurechnungsfähig sei und sich infolge seiner unglücklichen Ehe und des Verhaltens seiner Schwiegereltern in furchtbarer Erregung befunden habe. Daß er seine Ehefrau die Treppe hinuntergeworfen, sei nicht erwiesen. Das Gericht kam mit Rücksicht auf den Nervenzustand des Angeklagten zu der Strafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, rechnete 9 Monate als verbüßt an und bewilligte dem Angeklagten eine Bewährungsfrist für den Rest der Strafe.

## Hölz ins Zuchthaus überführt.

Nachdem die übrigen Straftaten des Bandenführers Hölz nicht mehr zur Aburteilung gelangen können, da die Dresdner Justizbehörden auf einen neuen Hölz-Prozess verzichtet haben, gelangt nunmehr das vom Sondergericht beim Landgericht I Berlin gefällte Urteil zur Vollstreckung. Am Donnerstag dieser Woche wurde Hölz aus dem Roabiter Kriminalgericht abtransportiert. Da Hölz auch jetzt wieder, wie schon während des Prozesses, der Behörde gegenüber die Befürchtung aussprach, er würde auf dem Transport beiseite geschafft werden, hatte die Oberstaatsanwaltschaft ausdrücklich die Genehmigung gegeben, daß der Gerurteilte von einem seiner Verteidiger auf dem Transport begleitet werde. Hölz, dessen einer Fuß mit einer eisernen Kette beschwert war, die jeden Fluchtversuch ausschloß, wurde von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jäger, Polizeimajor Freitag, seinem Verteidiger Justizrat Dr. Broß und einem Kriminalbeamten begleitet. Dem Kraftwagen folgten zwei weitere Autos mit höheren Schupo-Offizieren und Kriminalbeamten. Das Ziel der Fahrt war vorher streng geheim gehalten worden: es war Münster in Westfalen.

## Bauknechte und Lebejünglinge.

Die sich immer mehr ausbreitende Grobmannsucht junger Turken trat auch in einer Verhandlung zutage, welche gestern die Ferienstrafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen schwerer Unfugentfaltung und Unterschlagung waren die Bauknechte Otto Kirstein aus Charlottenburg und Rudolf Gaisel angeklagt. Die beiden jungen Leute waren bei der Dresdner Bank angestellt gewesen und hatten hier Gelegenheit gefunden, insgesamt 80 000 M. in kleineren Teilbeträgen an sich zu bringen und diese Beträge durch Fälschungen zu verdecken. Mit dem Geld spielten die jungen Herren in den Tanzsälen und Bars ihren Danks gegenüber den noblen Kavaliern und gaben das Geld mit vollen Händen aus. Der Staatsanwalt beantragte je 1 1/2 Jahr Gefängnis. Das Gericht erkannte auf je neun Monate Gefängnis.

## Grundbesitzer gegen häßliche Wasserwerke.

Ein grundlegendes Urteil, welches der Stadt Berlin sehr vielen Schaden bereiten kann, ist dieser Tage vom Landgericht I Berlin gefällt worden. Bei der Reuanlage von Tiefbrunnen für die Wasserversorgung der Stadt Lichtenberg, die im sogenannten Kaulsdorfer Busch kurz vor dem Kriege gegraben und im Jahre 1915 in Betrieb genommen worden sind, wurde dem Boden so viel Wasser entzogen, daß den Anliegern dieser Gegend ein bedeutender Schaden durch den Rinderertrag ihrer dort belegenen Grundstücke entstand. Aus einer Reihe von Schadenersatzprozessen, die eine Anzahl Grundbesitzer der dortigen Gegend gegen die Stadt Lichtenberg, jetzt gegen die Stadtgemeinde Groß-Berlin anstrengten, sind jetzt vier Klagen, die von der Stadt einen Schadenersatz von 10 000 bis 145 000 M. verlangen, durch Urteil vom 11. Juli dahin entschieden worden, daß die Schadenersatzansprüche der Kläger dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt worden sind. Wie wir hören, sind die soeben gefällten Urteilsprüche nur die Vorläufer für eine ganze Reihe weiterer Entschädigungsprozesse.

## „Fähigkeitsprüfung“ bei der Post.

Von einem auf die Paketbestellung der Post sich beziehenden Fragebogen, der bei den Postämtern wohl schon vor langer Zeit eingeführt wurde, aber noch jetzt in Gebrauch ist, gibt ein Postbeamter uns Kenntnis. In dem durch die Paketbesteller von Zeit zu Zeit auszufüllenden sonderbaren Schriftstück, das offensichtlich den Zweck hat, die Leistungen der Paketbesteller zu ermitteln, wird gefragt nach: Ausrüstung des Briefkoeffers in Metern (Straßenzüge vom Anfangs- bis zum Endpunkt gemessen), Dauer der Infahrt bis zum Anfangspunkt des Reviere, der Rückfahrt vom Endpunkt des Reviere, Bepannung (Pferdezahl), Beförderungsmittel (Art des

Wagens), Zahl der Mitfahrer, Dauer der Vorbereitung und Zuschift, Dauer der Bestellung im Revier, Zahl der zu bestellenden Pakete, der dabei zu besuchenden Wohnungen, im besonderen der Wohnungen mit Einschreib-, Wert- oder Nachnahmeforderungen, Dauer der Ablieferung und Rückschrift, Zahl der zurückgebrachten Pakete; ferner: Name, Amtsbezeichnung und Lebensalter des Bestellers, Urteil über seine Auffassungsgabe, über seine Beweglichkeit, über die Beweglichkeit der Mitfahrer, Name und Amtsbezeichnung des feststellenden Beamten.

Wir sehen, daß trotz der Papiernat die Behörden nicht davon lassen, ihre Urteilsten mit „Material“ vollzustopfen. Man könnte den Fragebogen omittant finden, wenn nicht die zuletzt aufgeführten Fragen, deren Beantwortung selbstverständlich durch den Aufsichtsbeamten erfolgt, erkennen ließen, daß dieses Frage- und Antwortspiel oft von verhängnisvoller Bedeutung für einen Paketbesteller sein dürfte. Wie da manchmal das Urteil des Vorgesetzten ausfallen wird, kann man sich denken.

## Reichswehrministerium und Kriegsbeschädigte.

In Nr. 827 des „Vorwärts“ vom 14. Juli war bemängelt worden, daß das Reichswehrministerium die Kaserne in Norden nicht zur Unterbringung eines Vororgansamtes für Nieder- und Oberbarnim zur Verfügung stelle. Dazu erklärt das Reichswehrministerium, daß diese Kaserne schon seit langer Zeit an das Reichsfinanzministerium abgegeben worden seien. Nur die Roabiter Kaserne gebieten noch dem Reichswehrministerium und seien bis unter das Dach belegt.

Die Tatsache, daß in den Kaserne Räume zur Unterbringung des Vororgansamtes vorhanden sind, wird durch diese Erklärung nicht bestritten. Wir sprechen die bestimmte Hoffnung aus, daß das Reichsfinanzministerium den Wünschen der Kriegsbeschädigten Rechnung tragen wird.

Die Tätigkeit der bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte Groß-Berlins braucht, obwohl die Mandate der Richter am 30. Juni endgültig erloschen sind und die Wahlen der neuen Richter für das einheitliche Gewerbe- und Kaufmannsgericht erst im August vollzogen werden, keineswegs ganz eingestellt zu werden. Bekanntlich können die Klagesachen, wenn die streitenden Parteien beide einverstanden sind, durch den Vorsitzenden der Kammer allein erledigt werden. Die Vorsitzenden oder können auch nach Erlöschen der Richtermandate weiterarbeiten und mindestens in Berlin geschieht das tatsächlich. Es ist also hier nach wie vor die Möglichkeit gegeben, Entscheidungen durch die Vorsitzenden herbeizuführen. Hiernach hat wenigstens bei Einverständnis beider Parteien niemand nötig, bis zum Zusammentritt des neuen Gewerbe- und Kaufmannsgerichts das Amtsgericht als Ersatz zu nehmen und dort sein Recht zu suchen. Das ist auch seinem zu raten, da ja die Amtsgerichte es gerade an dem fehlen lassen, was einen der Vorzüge der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte bildet, nämlich an der Beschleunigung ihrer Arbeit.

## 6400 M. Papier für 200 M. Gold.

In Pöstenberg zahlte heute eine Dame 200 M. in Goldgeld am Schalter des Postamts 82 ein. Darob großes Gemummel im Schaltervorraum. Die Polizei hieron war, daß der Beamte etwas nervös wurde und der Dame den doppelten Kurswert in Papiergeld, also statt 8200 M. 6400 M. zahlte. Da der Beamte für den unviel erhaltenen Betrag ersparnisfähig ist und die Dame sich bisher noch nicht freiwillig gemeldet hat, werden Zeugen des Vorgangs, namentlich der Herr, der mit der Dame ein kleines Wortgefecht führte, gebeten, sich beim Postamt 82 in Pöstenberg zu melden.

Der vergessene Haftbefehl. Ein besonderes Glück hatte gestern ein Angeklagter, der Außerer Anwalt Friedrich, welcher von der Strafkammer zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Offenbar in der Annahme, daß sich A. schon in Untersuchungshaft befände, unterließ es der Anklagebevollmächtigte, wie es sonst bei einer so hohen Strafe üblich ist, gleichzeitig auch den Antrag auf sofortige Verhaftung zu stellen. Als dieser Irrtum sich aufklärte und der Haftbefehl vom Gericht ausgeprochen war, ergab es sich, daß der Angeklagte inzwischen verurteilt war. Obwohl man das ganze Gebilde absuchte, blieb A. verschwinden.

Der geheimnisvolle Messerfischer. Trotz Festnahme durch eine Streife der Sicherheitspolizei verweigerter ein unbekannter Mann, der an der Trambahn Ruhleben den Kofferträger Paul Neumann überfallen und durch Messerfische am Kopf verletzt hatte, jegliche Auskunft über seine Personallisten. Der Täter trug auch keine Personallisten bei sich. Das Befinden des Verletzten ist zufriedenstellend.

Berlin bei Nacht. Um das Berliner Nachtleben kennen zu lernen und sich von den Anstrengungen seines Berufes zu erholen, begab sich

# Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

„Gewiß“, sagte Reisner, „darin haben Sie recht. Nur vergaßen Sie das eine: niemand würde in unserem Falle geglaubt haben, daß Sie einem Verbrechen zum Opfer gefallen seien, jedermann würde an einen Unfall geglaubt haben!“

Herr von Webenau schwieg. Reisner sah ausdruckslos vor sich hin ins Leere. „Sie ahnen nicht, junger Mann, wie häufig sich solche Unglücksfälle ereignen. Ich selbst weiß von einem, der — es sind nicht viel mehr als zwei Jahre her — aus der Hamburger Außenalster passiert ist.“

Er schien völlig apathisch und fernen Erinnerungen hingegen. „Es war damals ein Tag wie dieser. Zwei Männer ruberten in einem Boot. Mitten auf dem Wasser gerieten sie in einen Streit. Und wissen Sie, was der Grund ihres Streites war? Ein Weib! Der eine von den beiden war der Gatte dieses Weibes — gewiß, kein Mann, der Sympathien verdiente, denn er mißhandelte die Frau, die der andere liebte. Immerhin, er büßte an diesem Tage schwer, — denn, was glauben Sie, was geschah?“

In dieser Frage lag ein stummer Schmerz, vor dem der junge Mann im Innersten erbebt. Scheu und verstohlen sah er zu dem hin, der ihn in diesen Augenblicken in seiner Hand hielt und den er trotzdem nicht nur hassen konnte. Was war der Grund? Welch einem Rätsel sah er sich da plötzlich gegenüber?

„Der Gatte jener Frau, um die der Streit entbrannt war, erkrankt, — erkrankt vor den Augen dessen, der ihn aus dem Boot ins Wasser geschleudert hatte“, ergänzte Reisner in einem Tone, der etwas Feterliches hatte. „Und wer, glauben Sie, war der Mörder?“

„Jener . . . andere“, sagte Herr von Webenau widerwillig und mit vor Spannung angehaltenem Atem.

„Kollisch! Die Frau!“

„Die Frau?“

„Sie sind erstaunt?“ Reisner machte eine zornige Gebärde. „Sie wären es nicht, wenn Sie älter wären und sich nicht von einem Schein blenden ließen, der immer trägt!“

Was wissen Sie von den Frauen? Sie glauben dem Gesicht, das Sie anlächelt, weil Sie jung und hübsch sind, und das Sie doch verraten wird, wenn Sie nicht blindlings das tun, was es will. Sie sehen in der Liebe noch ein Spiel, wo sie doch ein Kampf ist, ein Kampf, in dem der Mann unterliegen muß, weil er der Arglosere ist. Denn nur Lumpen und Zyniker beherrschen die Frauen!“

Er fuhr sich mit dem Ärmel seines Hemdes über die beperrte Stirn. „Vergehen Sie mir, wenn ich vorhin heftig zu Ihnen war und Worte und Drohungen gebrauchte, die Ihnen gegenüber nicht angemessen waren. Aber ich mußte meine Zuflucht zur Gewalt nehmen, weil ich Sie sonst nie dazu gebracht hätte, mich ruhig anzuhören, da die Dinge, die ich Ihnen zu sagen habe, nun einmal bitter für Sie sind . . . Ich möchte Sie zugleich ansehen, diesen Ort schleunigst zu verlassen, ohne sich zu besinnen, ohne sich noch einmal umzuwenden . . . Die Sache sieht nicht tief in Ihnen, glauben Sie mir das; das Ganze war nicht mehr als eine Länderei, die Sie vergessen werden, sobald Sie andere Frauen treffen . . . Jene eine Frau aber ist nichts für Sie, sie gehört nicht Ihnen, sie gehört einem anderen, — und ich möchte Sie töten, — wenn . . . Aber lassen wir das! Sagen Sie mir, daß Sie mir folgen und diesen Ort unverzüglich verlassen werden!“

Dem anderen war, als träume er. Er suchte nach scharfen Worten, um diesem Menschen, der so tat, als könne er über ihn verfügen, zu antworten. Allein er fand keine Worte, obgleich nichts von Furcht mehr in ihm war. Ein großes Stauen hielt seine Sinne umjagen. „Sie reden so sonderbar mit mir“, sagte er nach einer Weile, „so sonderbar, wie noch nie ein Mensch mit mir gesprochen hat. Meine Gedanken sind vermorren, und ich weiß nicht, was ich Ihnen antworten soll. Alles, was Sie mir scheinbar erhellen wollen, wird doch nur um so dunkler . . . Sie erzählten mir vorhin von einem Mord auf der Hamburger Alster. Sagen Sie mir eins! Waren Sie jener Mann?“

Reisner senkte die Augenlider und schien doch seinen Partner fest anzustarren. „Nein“, sagte er, „ich war es nicht!“

„Wer war es?“

„Ein anderer, der noch im Gefängnis sitzt, — noch zehn lange Jahre . . .“

„Und wer war jene Frau?“

„Jene Frau, auf die der Gefangene nun wartet? Die der Antriebe zu seinem Verbrechen war? Die er verfluchen

müßte, verfluchen und hassen, und die er dennoch liebt, die er liebt und auf die er wartet, in Hoffnung und Angst, — noch zehn lange Jahre?“

„Ja.“

Reisner schrie ihn wild an: „Sie kennen sie, junger Mann!“

Herr von Webenau ließ das Steuer fahren. Er zitterte am ganzen Leibe. „Ist . . . sie . . . es?“ fragte er leise.

„Sie“, brüllte Reiser, „ja!“

Es gab eine lange Pause zwischen ihnen, in deren Verlauf Herr von Webenau alles klar wurde: der Haß und der Schmerz dieses Mannes, in dessen Augen Tränen standen, — Tränen, die er weinte, ohne es zu wissen, die über seine Wangen kollerten und auf den Boden des Bootes fielen, mit dessen Schmutz sie sich vermischten.

„Bitte“, wandte er sich weich an Reiser, „wollen Sie die Güte haben, nun an Land zu rudern?“

„Ja“, sagte Reiser abwesend und griff mechanisch nach den Rudern, „gern.“

Er holte aus, und das Boot schnellte, das Wasser lautlos durchschneidend, dem Müllstätter Ufer zu.

Sie stiegen aus, und Herr von Webenau fettete das Boot an, während Reiser wieder in seinen Rock fuhr. Dann schritten sie nebeneinander dem Seehof zu.

Aber noch ehe sie ihn erreicht hatten, machte Herr von Webenau Reiser ein Zeichen, sich mit zu setzen. Eine Bank stand an der Straße. Gegenüber auf einer Wiese mähte ein Mann Heu.

„Sind Sie der Freund jenes Mannes, von dem Sie sprachen?“ fragte Herr von Webenau.

Reiser nickte. „Ja, der einzige, der ihm geblieben ist.“

„Und ist das, was Sie mir gesagt haben, die reine Wahrheit?“

„Es ist die reine Wahrheit, ja.“

„Ich . . . ich bin erschüttert“, sagte Herr von Webenau, „und ich . . . ich fürchte mich. Ja, ich habe Furcht. Und ich möchte — sie nicht mehr sehen . . .“

Reiser ergriff seine Hand und drückte sie so stark, als wollte er sie zerquetschen. „Ich danke Ihnen“, sagte er mit erkühter Stimme, „ich danke Ihnen im Namen — des anderen!“

Sie schwiegen wieder.

(Fortf. folgt.)



# Misträuen gegen Stegerwald.

wilden Dreifenspekulation.

Seitdem ihre Beschränkung aufgehoben ist, kann jeder Spekulant den Stand der deutschen Mark herabdrücken. Hingegen ist der Konsum der breiten Massen um 80 Proz. zurückgegangen. Bei solcher Entwicklung ist an einen Rückgang der Preise, folglich auch an Lohnabbau nicht zu denken, vielmehr wird Lohnaufbau die notwendige Folge sein. Statt auf die Durchführung der Steuergesetze zu dringen, fördert die preussische Regierung die indirekten Steuern, und auch die Grundsteuer soll auf die Verbraucher abgewälzt werden. Wenn die alte Form der Steuerveranlagung und Erhebung reformiert wird, wenn

## zwangskorporierte Steuerbetriebsgemeinschaften

eingeführt werden, dann werden die unproduktiven Betriebe zum Schließen gezwungen, und es wird eine Intensivierung der Betriebe erreicht. Die Steuerpolitik Stegerwalds und Sämilchs aber führt zur Verelendung der Massen und zur Stärkung der Reaktion.

Wer kauft denn die Luxuswaren, die durch das Loch im Westen hereinströmen? Sind es nicht die Wähler derselben bürgerlichen Parteien, die stets ihren Patriotismus und ihren Protest gegen die Sanktionen bekunden? Diese bürgerliche Presse rühmt begeistert das Hotel „Atlantik“ in Heringsdorf, wo die Verpflegung täglich 1000 Mark kostet und findet kein Wort des Protestes gegen diesen riesigen Luxus. Ohne eine friedliche antimilitaristische Innenpolitik kleben die Proteste gegen die Sanktionen wirkungslos. Die Orgegesch-Organisationen sind doch in erster Linie zur Bewachung der geheimen Waffenlager da. Hier hilft nur ein Verbot aller Verbände militärischer Art und der Mut, es durchzuführen. Herr Dominicus hat nichts von den Strafen mitteilen können, die wegen der Rohheiten in den Internierungslagern verhängt worden sind. (Redner beschäftigt sich eingehend mit der Frage der Internierten.) Als Landarbeiter sind die jüdischen Einmänner gut, trotzdem aber wird gegen sie gehetzt. Sensationell aber wirkt es zu hören, daß

## der Bruder des Antifemken Wulle ebenfalls jüdische Landarbeiter angefordert

hat. In der ganzen Ostjudenfrage vermissen wir bei der Preussischen Regierung den Sinn für die Tatsachen und derselbe Mangel an Verständnis für die Wirklichkeit zeigt sich auch in der Behandlung des ober-schlesischen Problems. Es wird wieder genau so gelogen wie während des Krieges, bis die große Enttäuschung kommt. Die enttäuschten militärischen und halb-militärischen Kräfte in Oberschlesien werden sich (und uns! Red.) dann in ein Abenteuer gegen die Polen stürzen. Von diesen Kräften verspricht sich Herr Dominicus, daß sie eines Tages bei der Neuordnung Oberschlesiens in Preußen beihilflich sein werden. Was nützt, ist die rüchichtslose Entfernung des Selbstschutzes aus Oberschlesien. Die deutsche Regierung hätte von Anfang an es ablehnen müssen, für die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien ihren Arm zu leihen. Aber die reaktionären Elemente verfolgen damit andere Ziele. Wer kam in das Lager Silesow? Es waren Angehörige der SPD und der USPD, die von Deutschnationalen in Oberschlesien denunziert worden waren. Denunziantentum und Korruption stehen in Oberschlesien in üppiger Blüte. Da redet Herr Becker von der „D.L.“ vom Brennen-Schwert, das der Sieger in die Waagschale werfe. Ja, hat denn diese Zeitung nicht tagtäglich während des Krieges: „Wehe den Besessenen!“ gerufen? Herr Heilmanns Rede war ein journalistisches Meisterstück, aber im Grunde nur Ministerstürzerei. Er hat kein Wort gesagt von der Aktion des geeinigten Proletariats, wahrscheinlich in dem Gefühl, daß

## die Einigung

bei seinen Parteifunktionären nicht mehr aktuell ist. Auf die Gefahr hin, daß man mich auch für durchsichtig erklärt vom „Einigungs-Himmel“, rufe ich das Proletariat zum Einheitskampf auf. Die Reheitslosigkeiten möchten lieber heute als morgen wieder hinein in die Koalition, am liebsten mit der Deutschen Volkspartei. Sie müssen alle erst durch ein Läuterungskab, um die Schladen der zweijährigen Koalitionspolitik wieder loszuwerden. Nur ein wirklicher Klassenkampf des vereinigten Proletariats kann Europa retten. (Beifall der Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Kiedel (Dem.): Die Ablehnung des Etats durch die Sozialdemokraten bedeutet den Kampf gegen den Staat. An die Linke richten wir die Mahnung, den Arbeitern nicht immer wieder den kommenden Bürgerkrieg an die Wand zu malen. Durch die Zwischenrufe der Deutschen Volkspartei gestern scheint der Beweis erbracht zu sein, daß die Partei die Anschauungen des Herrn v. Campe nicht teilt. (Beifall der Widerstand bei der D. Sp.)

## Damit schließt die Aussprache.

Abg. v. d. Osten (Dn.) [persönlich]: Die Behauptung, ich hätte im Kampfe gegen den Landrat des Kreises Königsberg (Reumark) gehässige und feindselige Methoden angewendet, ist un wahr.

Der Notetat wird angenommen. Abgelehnt werden die sozialistischen Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes und des Ministerialerlasses über die Zulässigkeit von Selbstschutzorganisationen. Angenommen wird die demokratische Resolution, scheinbar im Benehmen mit der Reichsregierung zu prüfen, ob Umgehungen der Ausfühmbestimmungen der Reichsregierung vorliegen und dafür zu sorgen, daß solche Umgehungen verhindert werden. Der sozialdemokratische Antrag, die Internierungslager für Ausländer aufzuheben, wird abgelehnt. Der Antrag der D. Sp. auf Aufhebung der Sanktionen hinzuwirken, wird angenommen.

## Es folgt die dritte Lesung.

## Abg. Heilmann (Soz.):

Der neue Erlass Dominicus' über die Internierten ist ebenso misträuen wie der frühere, auch seinen Orgegeschlöß sollte er revidieren. Herr v. Osten hat im Ausschuss viele Stunden darauf verwendet, den Landrat Fiehn zu Falle zu bringen. Jetzt ist der Landrat aberberufen und v. d. Osten verwohlet den Kreis. Durch die Praxis des Herrn Dominicus wird die Hege gegen die republikanisch gesinnten Landräte nicht bekämpft. Diese Leute fühlen sich bald ganz schuldig. Die Quelle für meinen Angriff auf die Amtsführung des Finanzministers war einzig seine Rede im Hauptausschuss. Auf Herrn Stegerwalds Rede zu antworten, ist überflüssig, denn es stand nichts darin. Daß Otto Braun als preussischer Minister im Reichstag gegen Hermes aufgetreten ist, hat dem Einvernehmen zwischen Preußen und dem Reich lange nicht so geschadet wie der heutige erbitterte

## Kampf zwischen Wirth und Stegerwald.

der die Politik vergiftet. Im Reich haben Sie (zum Zentrum) doch gemerkt, daß ein Kabinett, das links regiert, auf die selbstlose Unterfaltung der Unabhängigen rechnen darf: in Preußen erklären Sie die Beteiligung der Unabhängigen für unerträglich. In Preußen geht es uns ebenso mit der Deutschen Volkspartei; ihre angeblich nur mit gesellschaftlichen Mitteln arbeitende Segnerschaft gegen die Republik besagt gar nichts. Auch die Deutschnationalen wollen ja nur mit gesellschaftlichen Mitteln die Verfassung ändern; denn dürfte man also eigentlich auch ohne sie nicht regieren. Es ist eben ein Grundunterschied in der Staatsauffassung monarchischer und republikanischer Parteien. Es gibt kein Beispiel in der Geschichte, daß eine Republik auf friedlichem Wege zur Monarchie wurde. Das Zentrum ist zwar keine geradezu republikanische Partei, aber wir sind sicher, daß es die Verfassung nicht gewaltsam ändern wird. Von keiner Partei rechts vom Zentrum wissen oder glauben wir das. Dr. Cohn hat gewiß recht, wenn er

## die Internationale

als die Menschheit von morgen bezeichnet. Heute ist es aber noch nicht, und wir dürfen das deutsche Volk nicht an nationaler Unterdrückung sterben lassen, weil morgen die Internationale die Menschheit sein wird. Unsere Sehnsucht nach Regierungsplätzen

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

## Innenminister Dominicus (fortfahrend):

Mein Erlass, der angeblich Kommunisten von der Kommunalverwaltung ausschließt, soll sie natürlich nicht auf alle Fälle als Stadträte und Beigeordnete ausschließen. Ich habe aus meiner eigenen Tätigkeit in der Berliner Stadterwaltung die Erfahrung geschöpft, daß es mitunter sehr nützlich ist, wenn die Kommunisten den Unterschied zwischen Theorie und Praxis am eigenen Leibe verspüren! — In der

## Frage der Aufhebung des Belagerungszustandes

tut nach Herrn Heilmanns Ansicht meine Politik den Reichsinteressen Abbruch. Allein das Reichskabinett hat im Einverständnis mit und die Aufhebung des Belagerungszustandes in den Regierungsbezirken Magdeburg und Erfurt sowie in einem Teil des Bezirks Merseburg verfügt, dagegen ebenfalls im Einverständnis mit der preussischen Regierung sich für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in Ostpreußen ausgesprochen, wo auch ich seine Aufhebung wünsche, doch erklärt der Oberpräsident es für notwendig, den Behörden jene Maßnahmen in die Hand zu geben, die eine parteipolitische Zerfällung der Bevölkerung Ostpreußens verhindern. (Abg. Heilmann (Soz.): Die Parteien sind einstimmig dagegen!) Beweis, das mag der Fall sein, ich halte mich aber an den verantwortlichen Verwaltungsbeamten. — Zur Frage der

## Konzentrationslager

bemerkte ich: Im Lager Stargard befinden sich Ausländer, die eigentlich ausgewiesen werden müßten, die man aber nicht abschließen kann. Beweis sind Mißstände vorgekommen, aber auf deren Beseitigung habe ich sofort hingearbeitet; die schuldigen Beamten sind entlassen. Nach einem Erlass vom 4. Juli werden lästige Ausländer zunächst nicht in Konzentrationslager gebracht, sondern es wird erst versucht, sie abzuschließen. Bei polnischen Deserteurern kann eine sofortige Abschiebung nicht erfolgen. Der Vorwurf, die preussische Regierung leiste Polen Hintersdienste, ist also nicht berechtigt. Auch sind nicht 300, sondern noch 450 Personen interniert, und der einzelne Internierte kostet nicht etwa 100 000, sondern nur 1500 M. Die in Oberschlesien verhafteten Internierten sind unter der Oberhoheit der Internationalen Kommission verhaftet worden, und nicht unter der der preussischen Regierung. In den

## Freikorps

waren ganz natürlicherweise auch bedenkliche Elemente. Auswüchse sind vorgekommen, die die preussische Regierung durchaus nicht billigt, wie z. B. die Ausschreitungen auf dem Breslauer Bahnhof, wo Personen gewaltsam gezwungen wurden, „Heil Dir im Siegerkranz“ zu singen. Doch haben auch die Freikorps ihre Verdienste. Bei dem Sturm auf den Annaberg sind 5 junge Offiziere gefallen und solche Offiziere finden allerdings meine Anerkennung. Herrn Heilmanns Parteifreunde in Oberschlesien haben eine ganz andere Auffassung als er. Ich wundere mich über die Auslegung, die

## mein Orgegeschlöß

vom 26. Juni, demzufolge auch die Provinzialorganisationen der Orgegeschlöß aufgelöst sind, gefunden hat. Anders natürlich ist es mit jenen Organisationen, die korporativ der Orgegeschlöß beigetreten waren, wie z. B. der Vaterländische Frauenverein und andere ähnliche Vereine. Jeder Umgehung der Aufhebungsvorschriften wird die Regierung entgegengetreten. Einverstanden bin ich mit dem Abg. Heilmann darin, daß das Ziel sein muß, jede bewaffnete Selbsthilfe zu beseitigen. Nun

## die Personalienpolitik.

Ich war da auf Schlimmeres gefaßt, als die Debatte brachte. Den Landrat Dombois verließ ich nach Stolp, weil eine Deputation den alten Pfarrer dieses Kreises, nämlich Herrn v. Dombois, als Landrat haben wollte. Der Mann, der nach Preuzlau auf die Stelle Dombois kam, ist in seinem bisherigen Amt von meinem Amtsvorgänger befristet worden. Er kann also kein Reaktionsär sein. Landrat Fiehn wurde von dem zuständigen Regierungspräsidenten beurteilt, und dieser gehört der SPD an. Der regelmäßige Nachwuchs für die Verwaltung fehlt. Ich trage keine Bedenken, auch in Zukunft geeignete Herren der Sozialdemokratischen Partei in solche Ämter zu berufen. Die Einheit der preussischen Verwaltung ist schwer zu schaffen, denn das Recht des Beamten auf eigene politische Ueberzeugung und Betätigung, das ich nicht missen möchte, steht hier oftmals im Wege. Wenn Herr Heilmann mit dem Sach Schloß: „Zum Frieden bereit, zum Kampf entschlossen!“, so möchte ich ihm antworten, daß wir uns nach Kräften verteidigen, wenn wir angegriffen werden. Aber ich glaube, die Zeiten erfordern nicht Kampf, sondern sie fordern Bereitschaft zum Frieden. Ich jedenfalls werde den Kampf nicht provozieren.

## Finanzminister Sämilch:

Ich weiß nicht, worauf Herr Heilmann seine Behauptung, ich leiste Widerstand gegen die Pläne im Reich, stützen will. Sämtliche Verhandlungen waren vertraulicher Natur. Herr Heilmann kann sicher nicht aus einer klaren Dresse geschöpft haben. Das Vermögen des Prinzen Leopold befindet sich in staatlicher Verwaltung. Tatsache ist, daß dem Prinzen von der Staatsbank ein Darlehen gegeben worden ist. (Beifall rechts.) Ueber die neuen Steuern kann ich erst Mitteilung machen, wenn die Vorschläge vorliegen. Die Kritik des Abg. Heilmann läßt sich in dem Satz zusammenfassen: Ich kenne zwar die Pläne des Finanzministers nicht, aber ich mißbillige sie. (Beifall rechts. — Unruhe und Rischen links.)

Ein Vertreter des Justizministeriums: Der Amisgerichtsrat Baron, der bei der Leistung des Eides sich die Freiheit seiner politischen Gesinnung vorbehalten hat, handelte dabei im Rahmen der Erklärung des Reichsministeriums, die seinerzeit Staatssekretär David abgegeben hat.

Abg. Dr. Causcher (Zentr.): Ich war außerordentlich erfreut über den Protest, den der Abg. Heilmann gegen die alte Lage von der ausschließlich deutschen Kriegsschuld hier erhoben hat und über die Entschiedenheit, mit der er die Objektivität der deutschen Reichsgerichte in Leipzig verteidigte. Sein Aufruf zur Sammlung aller nationalen Kräfte war mir aus dem Herzen gesprochen, ebenso seine Zurückweisung des hegerischen Treibens des „Reichsboten“ gegen unsere Kirche. (Unruhe rechts.) Derartige Angriffe gegen einen Teil des deutschen Volkes vertragen sich nicht mit unserer politischen Lage. Wenn das Kabinett Stegerwald die Reichspolitik durchkreuzen würde, wäre ich der erste, der für seine Beseitigung wäre. Wir haben nie bestritten, daß die Sozialdemokratie in der Regierung vertreten sein muß. Aber das selbe unverminderte Recht haben auch die bürgerlichen Parteien. Die Tatsache, daß die alte Koalition nach den Neuwahlen zu schwach war, läßt sich nicht wegdiskutieren. (Widerspruch b. d. Soz.) Die Sozialdemokratie will nicht mit der Deutschen Volkspartei zusammen im Kabinett sitzen, allein die Deutsche Volkspartei hat erklärt, sie stehe auf dem Boden der Verfassung und wolle diese nur mit verfassungsmäßigen Mitteln ändern. — Der Redner wendet sich nun dem Reichsschuldenrentenwurf zu und erklärt, die Konfessionsschule dürfe nicht befristet werden; denn das stehe im Widerspruch mit der Gewissensfreiheit. Das Volk sei nicht für eine feilsche Uniformierung. Wer die konfessionelle Schule antaste, beise beim Zentrum auf Granit.

## Abg. Dr. Cohn (U. Soz.):

Die Einbringung des Notetats bedeutet eine Rückentwicklung, ihre Wirkung ist eine vielleicht absichtliche Schwächung des Parlaments. Das Kabinett Stegerwald kapitalisiert auch finanziell vor den Rechtsparteien und läßt sich ohne Schwärzung und Sinn für die wirtschaftliche Entwicklung dahintreiben. Man klagt über die Valuta, aber die riesigen Gewinne, entpringen meistens der

ein Parlamentarier in ein Nachfoler in der Reichstraße. Wie er zu seinem Schrecken feststellte, war er in eine Vergnügungsstätte des naturstarken Berlins geraten. Sehr „erleichtert“ begab sich der Geschädigte zur Memmisenwache, welche Zwangsgefängnisse in der Wohnung eines Kaufmanns G. vornahm und den Betrieb schloß.

Für Ferienreisen in die Mark bieten die im letzten Jahre eingerichteten Kraftwagen-Postenposten günstige Reisegelegenheit. Derartige Kraftwagen verkehren von Potsdam nach Caputh zum Schwielow- und Henevisee, von Potsdam nach Regin (Havel) zur Wublig und nach dem idyllischen Paretz. Sonntags und Montags ist von Potsdam aus (9 Uhr vorm.) ab Hauptbahnhof Kloster Lehnin über Baumgartenbrück, Werder und Blindow mit dem Kraftwagen zu erreichen, während an den übrigen Werten die Verbindung dorthin vom Bahnhof Werder aus unterhalten wird. Von Bernau aus besteht eine Linie nach Baute mit seinen Seen und schönen Buchenwäldern. Sonntags fährt ein besonderer Wagen von Bernau unmittelbar zum Biepnigsee. Die Ruppiner Schweiz sowie die Gegend um Neuglabow (Stechlinsee) wird durch Kraftwagenlinien erschlossen, die teils von Neuruppin, teils von Rheinsberg, teils von Gransee aus verkehren. Die beliebtesten Ausflugsgebiete bei Zechlin und Zechlinerhütte sind von Gransee über Rheinsberg in drei Stunden zu erreichen (ab Berlin Steinkirchener Bahnhof 12.27 Uhr nachmittags, ab Gransee 2.25 Uhr nachmittags). In die südlich von Berlin gelegenen Gegenden um Königs-Wusterhausen, Prieros, Teupitz und Wendisch-Buchholz führen Kraftwagenlinien von Königs-Wusterhausen, Grah-Westen, Bahnhof Teupitz, Groß-Pöris und Halbe. Die Fahrpläne der Posten hängen an den Bahnhöfen und bei den Postanstalten aus.

Postverkehr mit Oberschlesien. Nach Orten des bisherigen Aufstehens in Oberschlesien sind Postsendungen aller Art wieder zugelassen. Die Wertgrenze für Briefe wird jedoch auf 1000 M. beschränkt, weil die Verkehrssicherheit noch nicht völlig wiederhergestellt ist.

Zuckerbesteuerung. Auf Abschnitt 87 der Berliner Zuckerkarte ist in der Zeit vom 1. bis 15. August 1921 ein Pfund Verbrauchszucker zum Inlandszuckerpreis abzugeben.

Die Goldene Hochzeit feiert heute unser Genosse Maximilian Richter. Am Friedrichshain Nr. 27. Wir wünschen ihm, der seit 25 Jahren unserer Partei angehört und seinerzeit den Wahlverein Karlsruher mit gründete, noch einen langen, glücklichen Lebensabend.

Der Internationaler Künstlerverein veranstaltet im Ufa-Palast am Zoo eine Nachtvorstellung zugunsten der notleidenden Künstler, die durch den polnischen Zustand in Oberschlesien in große Bedrängnis geraten sind. Erste Kräfte der biesigen Varietés-Bühnen haben sich ausnahmslos zur Verfügung gestellt. Die Vorstellung beginnt um 11 1/2 Uhr nachts. Die Eintrittspreise sind von 20 M. an aufwärts. Der Vorverkauf hat bereits begonnen an der Kasse des Ufa-Palast am Zoo, sowie an den bekannten Vorverkaufsstellen.

Vertrag für Obstdaunpflanze. An der Höheren Gärtnerei Lehmann in Berlin-Dahlem findet vom 11. bis 12. August ein Vertrag für Obstdaunpflanze (Schmelzholz usw.) statt. Anmeldungen sind an den Direktor der Höheren Gärtnerei Lehmann in Berlin-Dahlem zu richten.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Bezirksverband Berlin der SPD.

Ab heute ist die Adresse des Bezirkssekretariats mit sämtlichen Nebenstellen: Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, Ausgang 3, 2. Exp. Fernsprechanrufnummern: Amt Moritzplatz 121 08, 121 09, 121 10.

### Der Bezirksvorstand.

### Morgen, Sonntag, den 17. Juli:

- 2. Kreis Weiblag. Besichtigung des Botanischen Gartens in Dahlem. Treffpunkt vormittags 9 1/2 Uhr im Wirtschaftshof des D. G. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.
- 4. V. Familienausflug nach Zehlendorf-West, Restaurant Leopold, Altenbrake. Treffpunkt früh 8 1/2 Uhr Bahnhof Großgörschenstraße. Radfahrer werden im Lokal erwartet.
- 26. V. Besichtigung des Krematoriums Trepow. Treffpunkt 8 Uhr vorm. am Bahnhof Baumhaustrasse. Für Radfahrer bis 1 Uhr nachm. im Restaurant „Am Krematorium“, Klefholz, Ecke Marienhaler Straße. Kaffeeladen in der Waldhölzle, Königsheide.
- 13a. V. Zegel. Besichtigung der Berliner Wasserwerke. Sammelpunkt Seerand, Germania-Klubhaus, vorm. 9 Uhr.

## Sport.

Rennen zu Kahlenberg, Freitag, 15. Juli. Nach längerer Pause begannen jetzt in Berlin wieder die Trabrennen und die ersten Rennen brachten, bei starken Feldern, keine sonderlichen Ueber-raschungen.

- 1. Juli-Preis. 1. Teufelsdorf (Schlesier). 2. Edelherb (Mr. Miller). 3. Ritzsch (R. Richter). Tot. 40:10. Pl. 20:13, 19:10. Ferner liefen: Krotzschke II (4), Gladiolus I, Loni III, Kognak, Kettl, Edward I, Hl. Helene K., Rosina, Nordlon III, Handke, Flora Bienen.
- 2. Kallan-Preis. 1. Anstalt (Steinagel). 2. Loni H. (Ebert). 3. Hatter (Am. Schlein). Tot. 26:10. Pl. 14:21, 20:10. Ferner liefen: Fremdling (4), Colonel Dillen, Nandburg II, Hahnburg, Francisco, Maurice, Eubina, Durschbühl (4), Nammerschlag, Urdach, Doppelgänger.
- 3. Edelstein-Preis. 1. Fremdling (Steinagel). 2. Goldstein I (West (Steinagel)). 3. Anstalt II (Ebert). Tot. 15:10. Pl. 14:32, 45. Ferner liefen: Dardar (4), Diomedes, Dr. Keiser, Chollakand I, Berlin, Alchemin, Ferner Edderader (4), Dr. Adolf K., Fred Wilke jr., Rasthagen G., Trifflinger I, Adeline, Rik Geger. — 4. Apfelblüte-Preis. 1. Eichen (Am. Schlein). 2. Ludmilla I (G. Lautenberg). 3. Aufgabell (Groszmann). Tot. 27:10. Pl. 12:14, 11. Ferner liefen: Nihilus (4), Gouvernante, Heidemann, Kurel, Andra, Bild II, Edelherb B. — 5. Derren-Rennen. 1. Goldstein I (Groszmann). 2. Topinambur (Kobitz). 3. Kaser (H. Hall). Tot. 20:10. Pl. 13:26, 44:10. Ferner liefen: Luedelberg I, Dorchon, Oskar Edderader, Bodur (4), Drabant I, West, Nandburg II, Tipp Aver, Volkslieb, Grotz, Turbach. — 6. Ausgleichs-Rennen. 1. Eichen (G. Treuberg). 2. Wachsen (Klingel). 3. Hattenfels (R. Richter). Tot. 15:10. Pl. 40:24, 23:10. Ferner liefen: Brommadel (4), Hibel, Jupiter III, Kalkulation, Schar, Adele, Flage, Altonar, Weibigen, Wabrook. — 7. Internationaler Rennen. 1. Konstantin Ede Grosz (Groszmann). 2. Dormäthen II (Klingel). 3. Belt (H. Reumund). Tot. 12:10. Pl. 12:15, 17:10. Ferner liefen: Kraber (4), Ruwertz, Gerard K., Manicuffel. — 8. Grotzmann-Preis. 1. Ottomar I. Belle (Am. Schlein). 2. Peter I (Groszmann). 3. Reipelt (Steinagel). Tot. 26:10. Pl. 20:23, 20:10. Ferner liefen: Vupile (4), Dandreich, Djalale, Karla, Amorette, Draufgänger II, Singon jr., Adalgo II.

## Arbeitersport.

Arbeitersport-Klub „Solidarität“, Sonntag, den 17. Juli. Gesamtsport nach Potsdam. Sammelpunkt der Bezirke 1, 2, 3: Potsdam, Eisenbrücke, um 11 Uhr; der Bezirke 14, 24, 25 in Potsdam, am Lustschloß, um 11 Uhr. Die lokale sind „Friedensgarten“ und „Alter Jag“. Start sämtlicher Abteilungen und Ortsgruppen an den bekannten Stellen. Bezirks 4, 5, 6, 9: Rollstuhl, Gesellschaftsraum Rollstuhl, II Uhr vorm. Bezirks 6, 7, 10, 11: Rollen, „Reichsgarten“. Bezirks 12, 13, 14, 15: Goldin, „Schützenhaus“. 8 Uhr Propagandaarbeit durch die Stadt, anschließend Versammlung. Bezirks 17, 18, 19, 20, 21: Tempin, Kurhotel (Zeh. D. Reiter). Bezirks 22, 23, 24: Freiwald, Gesellschaftsraum. Die Versammlungen finden, wo nichts Besonderes bemerkt, mittags um 1 Uhr mit Reden über das Thema „Die Arbeiterbewegung“, mittags um 1 Uhr mit Reden über das Thema „Die Arbeiterbewegung“, auf die Hauptversammlung. Geht es zu mehrmaligen Demonstrationen. 2. Bezirks-Verband am Sonnabend, den 16. Juli, fällt aus. — Ortsgruppe Steiner. Am Sonnabend, den 16. Juli, Komposition nach Zehlendorf. Treffpunkt mit Ortsgruppe Zehlendorf in Zehlendorf, Start 8 Uhr. — Der Bezirksverband der Arbeiter-Klub-Klub „Solidarität“, Ortsgruppe Reinickendorf, ist vor kurzem auf der Fahrt von Reinickendorf nach Oranienburg ein Aktion mit 1 Ruppel und 6 roten Schärpen verloren gegangen. Der Klub wird ersetzt, die für ihn vertriehen haben bei dem Vorstehenden Otto Grotzmann, Reinickendorf, Schornweberstr. 122, abgegeben. — Achtung, Jungmänner auf nach Potsdam! Jugendliche Radfahrer, Treffpunkt morgens 7 Uhr Südfisches Tor (Zentrum).

Wetterbericht bis Sonntag mittags. Trocken und überwiegend heiter, in den Tagesstunden mäßig warm, in der Nacht zum Sonntag, namentlich im Binnenlande, wieder ziemlich kühl.



Können wir sehr gut beherrschen, wenn es sein soll bis zu den nächsten Wahlen. Wir haben nach den bisherigen Erfahrungen zum Kabinett Stegerwald nicht das Vertrauen,

ihm 5 Milliarden Kredit zu bewilligen. Weil wir den Staat nicht schädigen wollen, haben wir der Verabschiedung des Haushalts kein Hindernis in den Weg gelegt, müssen aber unser schärfstes Misstrauen aussprechen.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.): Der Selbstschutz in Ostpreußen dient lediglich zur Bekämpfung der Kommunisten.

Abg. Lauscher (Zentr.): Herr Heilmann hat früher, als noch die Sozialdemokraten in der Regierung saßen, der Rechten einmal den guten Rat gegeben, man müsse vor jeder Staatsgewalt, wenn sie auch nicht jedem sympathisch ist, einen gewissen Respekt haben. Gestern war bei ihm von diesem Respekt nichts zu spüren. Für die Rat der Stunde müssen wir den Rat haben, die politischen Gegensätze zu überbrücken.

Abg. Meier-Berlin (U. Soz.): Die Regierung hat alle Ursache, erst einmal die

#### Sanktionen gegen die eigenen Volksgenossen

aufzuheben. Noch heute werden in Siewow Ostjuden und Oberschlesier interniert und schlecht behandelt.

Der Notetat wird in der Gesamtabstimmung gegen die sozialistischen Parteien angenommen. (Lebhafte Plurimale b. d. Soz. — Gegenrufe rechts: Ruhe! — Erneuter Lärm links.)

Es folgt zweite und dritte Beratung des Diätengesetzes für den Staatsrat.

Abg. Siering (Soz.) bittet, die Aufwandsentschädigung für den Präsidenten des Staatsrats zu streichen. Da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, wird ein Hammelsprung vorgenommen; er ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Der Präsident legt die nächste Sitzung auf 1/2 Uhr an.

(Schluß im Hauptblatt.)

## Wochenhilfe und Wochenfürsorge

nachdem am 7. Juli vom Reichstage verabschiedeten Gesetz.

I. Wer erhält Wochenhilfe oder Wochenfürsorge?

a) Jede weibliche Versicherte, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert gewesen ist;

b) jede Frau eines Versicherten, sowie jede Tochter oder Stieftochter, welche mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft lebt, falls der Versicherte im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert gewesen ist;

(unter a) und b) fallen auch die freiwilligen Mitglieder von Krankenkassen, welche beim Ausscheiden aus der Versicherungspflicht zur Weiterversicherung bei einer Krankenkasse oder knappschaftlichen Krankenkasse berechtigt gewesen waren, und welche seitdem der Krankenkasse ununterbrochen angehört haben.)

c) jede minderbemittelte Deutsche, die einen Anspruch aus a) und b) auf Wochenhilfe nicht hat, falls ihr und ihres Ehemannes Gesamteinkommen, oder, falls sie alleinstehend, ihr eigenes Einkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von zehntausend Mark (bisher 4000 Mk.) nicht übersteigen hat. Für jedes vorhandene Kind kommen dazu noch 500 Mk.

II. Worin bestehen die Leistungen der Wochenhilfe oder Wochenfürsorge?

1. Ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird. Diese Beihilfe tritt in Kraft, sobald die erforderliche Verständigung zwischen Arzt und Krankenkasse erreicht ist.

2. Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 100 Mk. (bisher 50 Mk.);

3. Wochenlohn für zehn Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Das Wochenlohn beträgt:

für die unter I a) genannten weiblichen Versicherten die Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 4,50 Mk. täglich (bisher 1,50 Mk.), für die unter I b) und c) Genannten 3 Mk. täglich (bisher 1,50 Mk.).

Das Wochenlohn für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig. Neben dem Wochenlohn für die Zeit nach der Entbindung wird Krankengeld nicht gewährt.

4. Stillgeld, falls die Wöchnerin ihr Kind stillt, für zwölf Wochen, das Stillgeld beträgt:

für die unter I a) Genannten die Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 1,50 Mk. täglich (bisher 0,75 Mk.); für die unter I b) und c) Genannten 1,50 Mk. täglich (bisher 0,75 Mk.);

5. Solange die unter 1. erwähnte ärztliche Behandlung noch nicht durchgeführt ist:

Beihilfe für Hebammendienste und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden, in Höhe von 50 Mk. (bisher 25 Mk.).

III. An wen ist der Antrag auf Gewährung der Wochenhilfe oder Wochenfürsorge zu stellen?

1. Die unter I a) genannte versicherte Wöchnerin ebenso wie die unter I b) genannte Familienangehörige eines Versicherten hat den Antrag bei der in Frage kommenden Krankenkasse zu stellen;

2. Die unter I c) genannte minderbemittelte Wöchnerin hat den Antrag bei dem Versicherungsamt ihres Wohnortes oder Bezirks zu stellen.

In beiden Fällen geschieht die Auszahlung durch die Krankenkasse. Es ist auf alle Fälle rasam, den Antrag möglichst frühzeitig vor der Entbindung einzureichen.

IV. Was geschieht, wenn die Wöchnerin oder der unter I b) genannte Versicherte stirbt?

1. Stirbt eine Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Unterstützungsberichtigung, so werden die noch verbleibenden Beträge an Wochen- oder Stillgeld, welche andernfalls an sie gezahlt worden wären, an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.

2. Ist der unter I b) genannte Versicherte vor der Niederkunft gestorben, so wird die Wochenhilfe trotzdem gewährt, wenn die Niederkunft innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt.

V. Die Wochenhilfe wird unter allen Umständen nur einmal gewährt. Ist eine Wöchnerin bei mehreren Kassen versichert, oder ist sie und ihr Mann versichert, so erhält sie lediglich die für die unter I a) Genannten in Frage kommenden Wochenhilfe.

VI. Das hier benannte Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung, das heißt, wahrscheinlich in etwa drei Wochen, in Kraft. Bis dahin bleiben die jetzt geltenden Bestimmungen bestehen.

## Nachklänge zum englischen Streik.

Die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ befaßt sich mit dem Verlauf des Lohnkampfes der englischen Bergarbeiter. Die linksbolschewistische Presse fabuliert von einem „Verrat der Führer“ an den Bergarbeitern, die rechtsbolschewistische Presse von einer Kapitulation der Führer und einem „Zusammenbruch“ des Bergarbeiterstreiks. Auf beiden Seiten sei offenbar der Wunsch der Vater des Gedankens. In Wirklichkeit könne davon die Rede nicht sein.

Die englische Kohlenausfuhr wurde vom Wettbewerb mit der Zustande immer mehr bedrängt, so daß sie auf etwa ein Drittel des Friedensstandes zurückgegangen war, weshalb die Preise anstatt nach den Selbstkosten sich nach den Preisen der USA anholte.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ zitiert sodann einen Bericht des Sonderberichterstatters der „Königlichen Volkszeitung“ vom 2. Juli, der den Erfolg des riesigen Kampfes wie folgt beurteilt:

# Die Plaidoyers im U-Boot-Prozess.

Nach Schluß der Beweisaufnahme im Leipziger U-Boot-Prozess ergriff Oberstaatsanwalt Dr. Ebermeyer das Wort zu seinem Plaidoyer, an dessen Schluß er den (bereits gestern mitgeteilten) Strafentwurf auf Sachhaus von 4 Jahren für beide Angeklagte stellte. Aus seinen Ausführungen ist folgendes nachzutragen: Noch nie sei ihm die Erfüllung seiner Dienstpflicht so schwer gewesen wie heute. Die Angeklagten hätten das beste Zeugnis von ihren Vorgesetzten und Kameraden erhalten und sie seien tapfer und opferfreudig für das Vaterland tätig gewesen. Gegen sie die Anklage wegen Mordes zu erheben, sei ihm außerordentlich schwer geworden. Jeder, der der Verhandlung gefolgt sei, werde zusehen müssen, daß alles geschehen sei, was zur Aufklärung des Tatbestandes dienen konnte. Angesichts des Schweigens der Angeklagten müsse man sich allein auf die Zeugnisaussagen stützen. Nach längerer Verfolgung der „Gandover-Caselle“ sei sie als Lazarettschiff erkannt worden. Das Schiff habe sich in einem Gebiet befunden, in dem die Verletzung von Lazarettschiffen nicht zugelassen war. Trotz Abrens habe Pahig beschlossen, das Schiff zu torpedieren. Dem Kapitänleutnant Pahig sei es darum zu tun gewesen, Leute von dem untergegangenen Schiff zu bekommen, um nachzuweisen, daß sein Vorgehen tatsächlich berechtigt sei. Das wäre der Fall gewesen, wenn sich hätte feststellen lassen, daß Munition oder Truppen an Bord waren. Das Kapitänboot ist aufgefördert worden, heranzukommen. Die Engländer versicherten, daß nichts Verbotswidriges auf dem Schiffe

gewesen sei. Das Kapitänboot wurde ein zweitesmal angehalten und es wurde ein anderer Mann auf das U-Boot übernommen, aber auch dieser sagte nichts aus, was die Annahme des Kommandanten Pahig hätte bestätigen können. Ein Beweis dafür, daß das U-Boot das Kapitänboot hätte rammen wollen, sei nicht erbracht. Das Kapitänboot sei vom U-Boot eine Viertelmeile entfernt gewesen, als vom U-Boot gefeuert wurde. Wie viele Schüsse abgegeben wurden, sei nicht ermittelt, sicher sei nur, daß aus dem Hedgeschiff geschossen wurde. Auf dem U-Boot sei niemand gewesen, der nicht davon überzeugt war, daß das Schießen die Vernichtung der Rettungsboote bezweckte. Wenn man annehmen wolle, das Schießen sei nicht zum Zwecke der Vernichtung der Zeugen erfolgt, so könne man es vielleicht damit erklären, daß herumflimmende Trümmer in der Dunkelheit von Pahig als englische Streitkräfte angesehen werden seien. Das sei möglich, aber die Umstände unseres Falles lassen die Unterstellung des Sachverständigen als ausgeschlossen erscheinen. Das Schießen müsse also den Zweck gehabt haben,

#### die Rettungsboote zu vernichten.

Wer geschossen habe, ob Pahig oder Meißner oder noch jemand, sei nicht festzustellen. Ob die Angeklagten etwa durch einen Befehl gedeckt waren, darauf kam es hier nicht an. Das Ausbleiben Pahigs von der jetzigen Verhandlung sei besonders erschwerend für die Angeklagten. Wenn Pahig wirklich nur im Irrtum gehandelt habe, so sei nicht einzusehen, warum er sich nicht gestellt und für seine Offiziere gezeugt habe. Begreiflich wäre sein Fernbleiben, soweit er als Angeklagter in Frage käme. Aber nachdem er gehört habe, daß seine Kameraden angeklagt seien, sei es seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, hier zu erscheinen. Es müsse als erwiesen gelten, daß Pahig mit den Angeklagten gemeinschaftlich die Boote habe versenken wollen. Das sei rechtswidrig gewesen, denn die Anlassen von Rettungsbooten seien hilflos und dürften nicht getötet werden, jedenfalls dann nicht, wenn nicht sogenannte „Kriegsnotwendigkeiten“ vorhanden sind. In diesem Falle liegen solche Kriegsnotwendigkeiten unter keinen Umständen vor. Völkerrechtswidrige Handlungen seien, wie anerkannt wird, strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Die Anklage habe vollendete Tötung angenommen. Die Verhandlung habe für diese Annahme nichts ergeben, wenn auch die große Wahrscheinlichkeit bestehe, daß das Schießen nicht ohne Erfolg gewesen sei. Aber die absolute Sicherheit hierfür fehle, so daß nur

„Brachte er auch nicht die restlose Erfüllung aller Forderungen für die Arbeiter, so dürfen die Bergleute heute doch zufrieden sein mit dem Erreichten, um so mehr, als auch die Befürher und die Regierung das neue Uebereinkommen als die Grundlage eines dauerhaften Friedens erklären. Schritt für Schritt mußten die Konzessionen den beiden Gegnern abgerungen werden. Das eine läßt sich jedoch heute noch mit Bestimmtheit erklären: „Hätten die Regierung und die Befürher die jetzt gemachten Konzessionen Ende März gemacht, so wäre der Streik nicht zum Ausbruch gekommen und England hätte nicht eine neue Budgetbelastung von durchschnittlich 3 Millionen Pfund wöchentlich während der Streitzzeit aufzuweisen.“

Einer Lohnherabsetzung, die im Einklang zu der rückstreichenden Lebensverwertung steht, haben sich die Bergleute nicht widersetzt. Die Ende März von den Befürhern gemachten Vorschläge kamen aber Lohnherabsetzungen von 30–50 Proz. gleich, die neuen in Kraft tretenden Lohnkürzungen betragen 12–15 Proz. (Am Juli 2, im August 2,5, im September 3 Schilling pro Tag.)

Was für die Arbeiterschaft eine größere Bedeutung besitzt, ist das Zugeständnis eines Landes-Lohnminimaltarifs. Die Basis beträgt 20 Proz. über den im Juli 1914 bezahlten Löhnen.

Dazu erhält der Bergarbeiter einen Gewinnanteil von 17 Proz. seines Lohnes und 83 Proz. des sogenannten Surplusprofits, d. h. des Gewinnes, der nach Abzug des von den Befürhern verlangten persönlichen Mindestgewinnes übrig bleibt, während der Rest den Befürhern zufällt.

Beachtenswert ist auch, was der alte Vorkämpfer der Ruhrbergleute August Siegel der „Bergarbeiter-Zeitung“ dazu schrieb:

Während der 95 Tage, die dieser gewaltige Kampf anhielt, haben die deutschen Zeitungen der verschiedenen Richtungen Nachrichten verbreitet, die mit der Wahrheit schlecht in Einklang zu bringen waren. . . . Die „Ahein-Westf. Ztg.“ schrieb zum so und so vielen Male von der Ausnahme der Arbeit und der Kapitulation der Führer. Die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ schrieb einmal „wegen dem kleinen Unterschied eines Lohnabzuges zwischen 2 und 3 1/2 Schilling nimmt der Riesenschiff seinen Fortgang. Die beiden Hauptpunkte, worum es sich drehte, nationales Lohnamt und nationaler Pool (Ausgleichskasse), verschwiegen sie ihren Lesern.

Nun ist der Kampf zu Ende und alles wundert sich, daß alles so ruhig verlaufen ist und 1 250 000 Bergarbeiter drei Monate lang aushalten konnten. Wer die Verhältnisse kennt und die Menschen, der wundert sich nicht. Es gibt zunächst in England nur einen Bergarbeiterverband, obgleich Tausende Bergarbeiter katholisch sind. Jeder Bergmann muß Mitglied sein, und zwar ohne gesetzlichen Zwang. Weil die Arbeiter keine Unorganisierten unter sich dulden, gibt es auch keine Streikbrecher. Wo keine Streikbrecher sind, da gibt es keine Krawalle.

Bei Ausbruch eines Lohnkampfes erhält der Arbeiter von den Geschäftseigenen Kredit, den er sonst nicht erhält. Alles, was den besten kann, hilft. Es werden Volksküchen errichtet, da wird Mittagessen verteilt, und zwar bei dem jetzigen Kampfe pro Kopf eine Suppe täglich und 1 Pfund Weizenbrot. Schulkinder erhalten ihr Essen in der Schule. Es ist gesetzliche Vorschrift, daß Kinder, die zu Hause nichts zu essen bekommen, in der Schule ernährt werden müssen. Schon 1912, bei dem fünfwöchigen Streik, ist dieses Gesetz in Anspruch genommen worden. Die gut ausgebauten Konsumgenossenschaften leisten sehr viel bei solchen Kämpfen; hauptsächlich beim letzten haben sie viel geleistet. Die Bauern haben die Preise für Kartoffeln und Milch bedeutend heruntergesetzt usw.

#### versuchte Tötung mit Ueberlegung

übrig bleibe. Unter Umständen könne man annehmen, daß Pahig der alleinige Täter war und die Angeklagten nur Beihilfe geleistet haben. Aber die Annahme der Gemeinschaftlichkeit liege näher.

Der Oberstaatsanwalt stellte schließlich den schon mitgeteilten Antrag.

Senatspräsident Dr. Schmidt weist die Angeklagten auf den veränderten Gesichtspunkt hin. Es sei nicht unmöglich, daß mit Rücksicht auf die besonderen Umstände die Ueberlegung aus geschloffen erachtet werden könne, so daß nur gemeinschaftliche Tötung resp. Beihilfe zu einem Tötungsversuch in Frage kommen könne.

Der Verteidiger des Angeklagten Dithmar, Rechtsanwalt Dr. v. Zewel-Berlin, erklärt, daß ihn der Antrag des Oberstaatsanwalts sehr überrascht habe, da er durch den Gang der Verhandlung von der Unschuld der Angeklagten fest überzeugt worden sei. Er entrollt dann ein Bild von der schweren Not, in der sich Deutschland im Jahre 1918 befand. Die Vorgänge beim Schießen seien nicht genügend geklärt. Das Schweigen der Angeklagten, die sich auf ihr Versprechen berufen, sollte nicht als Schuldbeweis ausgelegt werden. Es fehle jeder Schuldbeweis gegen Dithmar. Nur Meißner kann das Feuer geleitet haben. Die Angeklagten hätten sich daran gar nicht beteiligen können, denn sie seien am Ausguck ununterbrochen tätig gewesen, ebenso wie Pahig. Der Verteidiger beantragt schließlich die Freisprechung Dithmars.

Der Verteidiger des Angeklagten Boldt, Rechtsanwalt Dr. Veier-Leipzig, nimmt auf die Ausführungen seines Kollegen Bezug und geht dann auf verschiedene Einzelheiten ein. Auch Dr. Veier beantragt zum Schluß die Freisprechung seines Klienten.

Der dritte Verteidiger, Rechtsanwalt Hahnemann-Leipzig, gibt dem Gerichtshof zu erwägen, ob Völkerrechtsverletzungen wirklich dem Strafgesetze unterliegen. Er begründet seine Ansicht durch Hinweise auf die Literatur und führt aus seiner eigenen Tätigkeit bei Kriegsgerichten während des Krieges Beispiele an. Das englische Strafgesetz enthalte die Bestimmung, daß der gefangene Feind nicht nach dem Strafgesetze abgeurteilt werden dürfe, wenn er durch einen Befehl seines Vorgesetzten gedeckt sei. Auch ein französischer Rechtslehrer stimme dem zu. Die „L. C.“ sei während des ganzen Krieges ein Hilfskriegsschiff gewesen und habe keinen Anspruch auf Immunität gehabt.

Die Angeklagten wußten, daß auf Ungehorsam gegen einen Befehl die Todesstrafe steht, außer wenn sie überzeugt waren, daß ein Verbrechen ausgeführt werden sollte. Die Angeklagten seien also aufstehende gewesen, sich dem Befehle zu widersetzen, wenn man einen solchen als wirklich vorhanden annehmen wolle. Die Angeklagten hätten ihre Pflicht gegen das Vaterland getan, ihre Freisprechung erscheine daher geboten.

Rechtsanwalt Dr. Feilenberger legt dar, die Ausführungen der drei Verteidiger hätten die Auffassung der Reichsanwaltschaft nicht erschüttern können. Der Reichsanwalt geht alsdann auf Einzelheiten des Tatbestandes nochmals ein. Wenn Pahig wirklich einen feindlichen Zerstörer in der Nähe glaubte, auf den er seine Schüsse richtete, so wäre dies unverständlich gewesen, denn durch das Schießen hätte er sich der Gefahr ausgesetzt, selbst angegriffen zu werden. Da wäre doch sofortiges Tauchen viel natürlicher gewesen. Der Zweck des Schießens könne also nur der von der Anklage gekennzeichnete gewesen sein. Nach Ansicht des Reichsanwalts ist auch nicht jede Handlung eines U-Bootes eine Seekriegshandlung. Der Auffassung, daß Rettungsboote nicht unter allen Umständen Schutz verdienen, tritt der Reichsanwalt mit Entschiedenheit entgegen.

Die Rechtsanwälte erwidern kurz dem Reichsanwalt.

Die beiden Angeklagten Dithmar und Boldt machen von ihrem Rechte auf das Schlusswort keinen Gebrauch.

Hierauf wird um 1/4 Uhr die Verhandlung geschlossen.

Das Urteil wird Sonnabend 1 Uhr verkündet werden.

Trotz alledem haben die 5 Millionen Menschen (d. h. mit Frauen und Kindern) furchtbar gelitten. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 153) wundert sich darüber, daß nach einem so furchtbaren Kampfe die Vertreter der Grubenbesitzer und Arbeiter zusammen verhandelt hätten. Obgleich die englischen Grubenbesitzer keine Engel sind, so muß man doch zugestehen, daß zwischen der Behandlung der Arbeiter in England und der in Deutschland ein großer Unterschied besteht. Ich bin 16 Jahre lang als Bergmann im Ruhrgebiet tätig gewesen und 22 Jahre in Schottland, habe also in dieser Beziehung reiche Erfahrung. Unsere Werksbesitzer haben jeden Arbeiterführer aufs äußerste verfolgt und ihre Presse erschöpfte sich in Verleumdungen. Dessen würde sich ein englischer Werksbesitzer schämen.

Was hat nicht alles unsere Unternehmerpresse geschrieben, von Kohleneinfuhr in England usw. Was ist nun wahr? Am 27. Juni erklärte der Bergbauminister Bridgman im „Haus of Commons“. Es wurden eingeführt aus Amerika 335 000 Tonnen, aus Frankreich 430 000 Tonnen, aus Belgien 495 000 Tonnen, zusammen 1 260 000 Tonnen. Soviel fördern die Bergarbeiter in anderthalb Schichten, 160 000 Tonnen deutsche Kohlen wurden von Frankreich und Belgien nach England ausgeführt.

Was ist der Erfolg für die Arbeiter? Wilhelm Strader, Führer von Rorthumberland sagt, der Minimallohn eines Arbeiters darf nicht unter 20 Proz. von 1914 sein; und das ist erreicht. Außerdem die Teilung des Profits: für die Werksbesitzer 17, für die Arbeiter 83 Proz. Das hat uns einen Schritt näher zur Rationalisierung gebracht. So wie die Engländer die ersten waren, die die gesetzliche Achtstundenschicht (1908) bekamen, so werden sie auch wohl die ersten sein, die zur Ausschaltung der Privatkapitalisten kommen, und zwar kraft ihrer Einigkeit.

## Aus aller Welt.

Im Rheinischen Meutereiprozess gegen zehn Strafgefangene, die einen Ausbruch aus der Strafanstalt Rheinbach zu verhindern suchten, wurde vor dem Vonnener Schwurgericht das Urteil gesprochen; gegen drei wurden Zuchthausstrafen von drei Jahren und Gefängnisstrafen von zwei Jahren und einem Jahr sechs Monaten verhängt, während gegen drei andere in einem besonderen Verfahren wegen einfacher Meuterei verhandelt wird.

Raubüberfall. Gegen den Kammerpräsidenten Siegfried Spiegel in Dedenburg wurde ein Raubmordversuch verübt. Ein Depeschbote, namens Roderer, übergab Spiegel eine fingierte Depesche und während Spiegel diese las, überfiel der Bote ihn mit einem Stenomeisen. Es entspann sich ein Handgemenge. Infolge des Lärmes kamen Familienangehörige herbei, worauf der Täter flüchtete. Die Verwundungen des Kammerpräsidenten Spiegel sind schwer.

Georges Carpentier hat an seiner Niederlegung durch Dempfen offenbar noch nicht genug. Er hat soeben einen Vertrag unterzeichnet, der ihn verpflichtet, im Oktober seinen Weltmeisterstitel für Mittelgewicht gegen einen noch zu bestimmenden Gegner in New York zu verteidigen. Die Franzosen werden demnach Gelegenheit haben, noch ein zweites Mal um „Georges“, ihren Nationalheros, bangen und zittern zu können.

Landarbeit bei Mondlicht. „Chicago Tribune“ meldet aus Chicago, daß in dem mittleren Teil der Vereinigten Staaten die Hitzeperiode ist gestern eine Abkühlung eingetreten. In London und Lüttich. Auf dem Lande werde nachts beim Mondlicht gearbeitet.



# Zürcher Faust

Der zum Leben von Spüren, Gedächtnis oder freier  
zur Verfügung von Komposition oder zum Einbinden  
von CD's etc. CDD's etc. verwendet.  
Zürcher - Zürich - Bern  
Zürcher erhältlich in Drogen-  
und Reisebuchhandlungen.

## Theater, Lichtspiele etc.

**Oper**  
Sommergastspiel  
Leitung Gustav Bergmann  
**Die Strohvitwe**  
7 1/2 Uhr

**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter  
8 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter  
**Kammerspiele**  
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die  
Mauschellen kriegt  
8 1/2 Uhr: Der Herr, der  
die Mauschellen kriegt

**Ir. Schauspielsaal**  
(Karlstraße)  
Die Weber (Auss. Abonn.)  
8 1/2 Uhr: Die Weber (Auss. Abonn.)

**Central-Theater**  
Uhr: Jlonka  
Friedr. Wilhelmstr. Th.  
Die Kleine aus der Hölle  
K. Schauspielsaal

**Kleines Theater**  
Casinos Sohn  
**Metropol-Theater**  
Die blaue Mazur  
Opern-Operettentheater

**American-Girl**  
Residenz-Theater  
Uhr: Max Adalbert in  
"1919 (Abt. dafür)"  
Operetten-Spielzeit

**Meine Frau - das Fräulein**  
Möppark-Theater  
8 1/2 Uhr: Schloßstraße 48  
Uhr: Hans Hucklebein  
Thalia-Theater

**Mascottchen**  
am Nollendorfsplatz  
Der Vetter aus Dingsda  
unter des Westens  
Morgen wieder lustig!

**kommandantenstr.**  
7. zum ersten Male:  
Die Dienten  
**Wunder-Theater**  
Fischer  
Der Kührigen  
Scheldungsreise

**Chairs-Palast**  
Uhr: Abrakadabra  
8 1/2 Uhr: Die rot. Schuhe

**APOLLO**  
THEATER  
Nur bis  
31. Juli  
Die große Aus-  
stellungsschau  
Tip Tip  
Hurrah!  
mit dem bekannten  
Wilhelm Hartstein  
Pferde-Rennen

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz.  
7 1/2 Uhr: Der Kaiserjäger

**Lessing-Theater**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
Die Ballerina des Königs  
(Leopoldine Konstantin)

**Deutsches Künstler-Theater**  
7 1/2 Uhr: Geständnis  
Dienstag 7 1/2 Uhr: zum ersten  
Male: Der Herr Verteidiger  
Hell, Gebühr, Kaiser-Tierr

**Folles Caprice**  
Linienstr. 132 am Oranienbg. T.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Prinzessin vom Nil

**Romische Oper**  
Opernspielzeit  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Alt-Heidelberg**  
Oper von Pacchierotti  
Sta. 34, Der Barbier v. Sevilla

**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
Der arme Millionär

**WINTERGARTEN**  
Varieté-Spielplan  
Rauchen gestattet!

**Theater am Kottbuser Tor**  
Kottbuser Str. 6 Tel. Mpl. 16077  
**Elite-Sänger**  
Vom 16. bis 31. Juli  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Gastsp. der Original-  
Leipziger-Fritze  
Weber-Sänger

**Metropol**  
Varieté-Kabarett  
Schrenkstraße 54  
7 1/2 Uhr:  
Persönliches Auftreten  
Johannes Hermann u.  
Dora Schütter in  
"Cocain" (Sektabel)  
u. 9 weitere Attraktionen

**Ab Oberbaumbrücke** täglich außer  
Sonnabends  
nach **Neu-Heringsdorf** u.  
**Wollersdorf, Schleuse**  
Abf. Sonnt. 8.15 v. u. 2 n. Wochent. nur 9 v.  
Außerdem jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag durch  
die herrlichen Havelseen über Potsdam nach Ferch am  
Schwielowsee. Abf.: 8.30 Marschallbrücke, Friedrichstr., 9.15  
Charl. Tegeterweg, Reederei Kleck, Faickensteint. 48, Mpl 8197

**Lachen Sie nicht!**  
über die lächerlich billigen Preise  
im **Leihhaus Brunnenstraße 5**

## Berliner Theater

Allabendlich 7.30 Uhr  
**DAS**  
**Milliarden**  
**SOUPER**

Theater I. d.  
**Königsgrätzer Str.**  
7.30 Uhr: Kreuzschreiber  
Sonnt.: Glaube und Heimat  
Mo.: Die Kreuzschreiber

**Komödienhaus**  
7.30 Uhr: Der blonde Engel  
Reichsh. - Theater  
Während d. Ferien d.  
Stett. Sänger tägl. 7 1/2  
**Gala-Sänger**  
Ab 1. A. Wieder-  
aufst. d. St. Säng.  
Dönhoff - Hergit  
Variété

**Berliner Prater**  
Kastanien-Allee 7-9  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Variété  
Wenn Engel streiken!  
Operette in 3 Akten

**Schau-Burg**  
Königsgrätzer Straße 121  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Herrfeld - Gastspiel  
Die letzte Ehre  
Die Welt geht unter  
Ab 7 Uhr:  
Filmprogramm

**Metallankaufsstelle**  
Osten.  
Grüner Weg 26  
zahlt Tagespreise für  
**Kupfer, Messing,  
Blei, Zink etc.**

**Zinn u. Blei**  
sowie alle Altmetalle kaufen  
zu Tagespreisen  
**Metallschmelzwerke,**  
Waldemarstr. 74.  
Telephon: Moritzplatz 9355

**Möbel**  
zu bedeutend  
herabgesetzten Preisen  
auf **Tellzahlung**  
Kleinste An- u. Abzahlung  
**Möbel - Cohn**  
Gr. Frankfurter Str. 58  
5 Min. vom Alexanderplatz.  
Filiale: Badstr. 47-48.  
5 Min. v. Bf. Gesundbr.

**Ab Oberbaumbrücke** täglich außer  
Sonnabends  
nach **Neu-Heringsdorf** u.  
**Wollersdorf, Schleuse**  
Abf. Sonnt. 8.15 v. u. 2 n. Wochent. nur 9 v.  
Außerdem jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag durch  
die herrlichen Havelseen über Potsdam nach Ferch am  
Schwielowsee. Abf.: 8.30 Marschallbrücke, Friedrichstr., 9.15  
Charl. Tegeterweg, Reederei Kleck, Faickensteint. 48, Mpl 8197

**Lachen Sie nicht!**  
über die lächerlich billigen Preise  
im **Leihhaus Brunnenstraße 5**

**Lachen Sie nicht!**  
über die lächerlich billigen Preise  
im **Leihhaus Brunnenstraße 5**

## Garderobe

auf bequemste Teilzahlung  
**HERREN - DAMEN -**  
Anzüge, Hosen, Paletots, Kostüme,  
Sport-Paletots, Rüsche, Kleider,  
Burschen-Anzüge  
Gute Ware - Solide Preise - Große Auswahl  
**M. Beiser, Lothringer Str. 67**



ANTIKVARIATKUNDE VORM.  
**SEIDEL & NAUMANN**  
**BREITEN**  
Vertreter: Emil Halbarth  
BERLIN W 8, Friedrichstraße 55a  
TELEPHON: Zentrum 10440

**Ringeisen jeder Art:**  
Runds, Flach, Quadrat u. Bandeisen,  
Gas-Siede-Röhre, T-Träger u. Eisen,  
Feldschmieden und Ambosse  
Isolier- u. Lager-Isolierbar  
**Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircxenstr. 12,**  
Telephon 13072. Ede Vahnschlagstr. 13073.

**"Bau- und Siedlungsland"**  
Bauhof Rohstoffe in Block und einzelnen Parzellen  
ab 100 qm. an. Berlin, Bernauer Str. 19, par.

**Inserate**  
im **Vorwärts**  
bringen Erfolg!  
**Lehrerflucht**  
Wunderbar hat Ihr Ver-  
fremdungsmittel "Parasit" ge-  
wacht. Es ist von allen Mitteln  
d. Welt, was ich seit 4 Jahren an-  
gewendet habe. Beibringen u.  
alles andere haben nicht so ge-  
halten wie der berühmte Parasit-  
mittel. 10 Mk. - Otto Reiser,  
Berlin 43 SO, Köpenickerstr. 4.

**Jetzt ist's Zeit!**  
erstklassig gearbeitete  
**Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Schlafzimmer**  
außerordentlich  
billig zu kaufen! Viele  
Musterzimmer zu ganz  
besonders herab-  
gesetzten Preisen!  
Transport, Lagerung frei.  
**"Berliner Möbelhaus"**  
**Moritz Hirschowitz**  
Südosten  
Skallitzer Str. 25  
Hochbahn Kottbuser Tor!

**LUIGIO LESSINI**  
Ein Wunderbuch  
In deutschen  
Sprachen und Buchen

Die Lebensläufe, auf Seiten und  
Querschnitten, Farben und Linien  
des Land, das einprägen die Bilder  
erzählen die Leben Natur-  
schöpfung unserer Väter. Die  
Welt und das menschliche  
Geschehen haben ihre tiefste  
Bedeutung. Dem Inhaltlichen Wert  
des Buches entspricht die feine  
Ausführung.  
Preis 2.50 Mark + 20%,  
Buchhandlung Vorwärts,  
Berlin S.W. 66, Lindenstraße 2

**Herren-Anzüge aus la Maß-Stoffen**  
In Verarbeitung, eleganter Sitz, v. 500 M. an.  
Herren-Anzüge, teils auf Seide, Wert bis 600 M.,  
jetzt 300, 350, 400 M. - Pelzwaren, wie  
Kreuzfische, Silber-, Alaskafische v. 200 M.  
an. - Seilmäntel usw. 80%, herabgesetzt.  
Keine Lombardwaren.

## Denkiger Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin X. 54, Einleitstr. 83-85  
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr  
Telephon: Amt Heeren 185, 1809, 1807, 9714  
Montag, den 18. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Gewer-  
schaftshaus, Engelstr. 15 (Saal 4):  
**Verammlung**  
der Metallformer und Berufsge nossen so-  
wie Zünftiger und der in Hütten-  
betrieben Beschäftigten.  
Tagesordnung: 1. Dringensangelegenheiten. 2. Ver-  
schiebendes. 3. Mitteilungsbedürfnisse.  
Die Ortsverwaltung.

## Rhein u. Mosel

Wine  
**J. F. Rauda**  
N 4, Bergstr. 24, N. 8214, 8226  
**DERBY-COGNAC**

**Spezial-Arzt** Dr. Jasté für Geschlechts-,  
Haut-, Harn-, Frauenleiden,  
nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen,  
speziell chron. Herntiden u. Ausflüsse, Licht u. Fluo-  
reszenz-Anst. **Dir. O. Löser Münzstr. 9**  
nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 10-12. Damenr. separat.

## KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M. Das fertiggedruckte Wort  
fertiggedruckte Worte, Stellengedruckte u. Schul-  
stellengedruckte das erste Wort (fertiggedruckte)  
1 M., jedes weitere Wort 60 Pf. Worte mit  
mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

## Verkäufe

**Wappenstein**, neu,  
Jadefarbige, Gummin-  
terkaut billig. Kleider-  
stoffe 20, hochpart. 1500/1  
**Wappenstein**, neu,  
Jadefarbige, Gummin-  
terkaut billig. Kleider-  
stoffe 20, hochpart. 1500/1  
**Wappenstein**, neu,  
Jadefarbige, Gummin-  
terkaut billig. Kleider-  
stoffe 20, hochpart. 1500/1

## Unterricht

**Geinrich Maurer's Privat-**  
Lehranstalt (Eingang Hofgarten),  
Tages-, Abend-, Herren-,  
Damen-Schreiberei, Fälsche,  
Kupfer-, Schnittzeichnen, Zu-  
sammenbau, Nähen, Schnitt-  
maße, Herrensprecher, An-  
gaben 300

## Verschiedenes

**Gefunden und verloren**  
1800 Mark Belohnung. Im  
Kato von Frau Raim-  
brot 3 nach Steiner Bahn-  
hof eine Handtasche mit 10  
ein Paar braunen, grauen  
und schwarzen Damenkleidern  
und eine schwarze Handtasche  
mit Sparatrennen. Die  
Anzeige, liegen gelassen. Die  
Anzeige Potsdamerstraße 129,  
1. Etage. 99/10

## Arbeitsmarkt

**Leistungsfähige Dame**  
zum Verkauf von Anfertige-  
nissen. Preis, Friedrich-  
straße 300. 86/20

## Redakteur-Gesuch

Sie suchen zum baldigen Eintritt einen  
**leitenden politischen Redakteur**  
Bewerbungen sind zu richten an den Verlag der „Volks-  
stimme“ (Landgraf & Co.) in Chemnitz, Dresden Str. 88

## Wir suchen für sofort

**3 Motorenschlosser** 102/7  
**3 Rahmenbauer**  
**2 Schlosser für Motorengetriebe**  
Christl. Anger sind von nur selbständ. Arbeitern zu richten an  
**Deutsche Werke A. G., Werk Haselhorst**  
Abteilung Arbeiterangelegenheiten

## Redakteur-Gesuch

Sie suchen zum baldigen Eintritt einen  
**leitenden politischen Redakteur**  
Bewerbungen sind zu richten an den Verlag der „Volks-  
stimme“ (Landgraf & Co.) in Chemnitz, Dresden Str. 88

## Wir suchen für sofort

**3 Motorenschlosser** 102/7  
**3 Rahmenbauer**  
**2 Schlosser für Motorengetriebe**  
Christl. Anger sind von nur selbständ. Arbeitern zu richten an  
**Deutsche Werke A. G., Werk Haselhorst**  
Abteilung Arbeiterangelegenheiten

# Eisenstaedt's Schuhvertrieb Gegr. 1905

Ich führe nur **erstklassige** Fabrikate und verkaufe dieselben infolge **geringer Spesen** zu den **allerbilligsten** Preisen!  
**Saison-Ausverkauf nur erstklassiger Schuhwaren!**

**Damen-Schnür- u. Spangenschuhe** auch in 69<sup>00</sup> 78<sup>00</sup> 89<sup>00</sup> 108<sup>00</sup> 125<sup>00</sup> usw.  
**Damenstiefel** schwarz u. farbig, auch Lackbesatz 85<sup>00</sup> 110<sup>00</sup> 125<sup>00</sup> 148<sup>00</sup> 165<sup>00</sup> usw.  
**Herrenstiefel u. Halbschuhe** schwarz u. farbig 98<sup>00</sup> 112<sup>00</sup> 118<sup>00</sup> 135<sup>00</sup> 155<sup>00</sup> usw.  
**Kinderstiefel, Schnür- u. Spangenschuhe** nur beste Fabrikate deutscher Schuhfabriken  
naturgemäße Formen, enorm billig!

**Nur Landsberger Str. 82, I. Etage** = **2. Geschäft Tempelhof, Berliner Str. 85**

Kein Laden! Eine Treppe!



Kein Laden! Eine Treppe!

Kein Laden! Eine Treppe!



# Journalistenstreik im Landtag.

(Schluß des Landtagsberichts aus der Beilage.)

Eine namentliche Abstimmung ergibt ebenfalls die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Nach Eröffnung der dritten Sitzung schlägt Präsident Seibert im Namen des Aeltestenrates vor, das Gesetz über die Diäten des Staatsrates von der Tagesordnung abzuweisen. Das Haus ist damit einverstanden.

## Die Bergwerkskatastrophen.

Es folgt die Beratung der Großen Anfragen Otker. Bochum (U. Sez.) über das Unglück auf Zeche Konstantin und Brust (Zentr.) über die Katastrophe auf Grube Mont-Cenis.

Dazu beantragt der Gewerbeschutz, das Staatsministerium zu eruchen, im Handelsministerium ein besonderes Gruben-Sicherheitsamt einzurichten; ferner soll eine Grubensicherheitskommission aus Vertretern des Landtages, der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der Bergbehörde eingesetzt werden, die der Regierung Vorschläge über die Bergpolizei machen soll. Aus der Kommission sollen in jedem Oberbergamtsbezirk Bezirksausschüsse gebildet werden. Die Ausschüsse haben das Recht, Grubenbesichtigungen vorzunehmen. Die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter werden auf Vorschlag der Organisationen durch den Minister berufen. Ferner beantragt der Ausschuß, daß die Betriebsräte mehr als bisher herangezogen werden, daß die fogen. Einfahrer größere Rechte erhalten, daß Kurse für Betriebsräte eingerichtet werden, daß der Sicherheitskommission ein Fonds zur Prämierung von Erfindungen zur Verfügung gestellt wird und die Berordnung über den Verkehr mit Sprengstoffen einer Nachprüfung unterzogen wird.

Zum Unglück auf Mont-Cenis haben auch die Sozialdemokraten eine Große Anfrage eingebracht.

Abg. Steger (S.): Das Mitleid allein genügt nicht, es muß etwas mehr als bisher zum Schutz der Bergarbeiter geschehen. Wir bitten die Staatsregierung, dafür zu sorgen, daß sogenannte Reitungskammern eingeführt werden.

Abg. Kaufmann (Soz.) bringt zunächst eine Reihe von Ziffern über die Unglücksfälle im Bergbau und fährt dann fort: Tag für Tag werden Bergleute getötet oder verletzt. Trotzdem aber verlangen die Bergarbeiter für sich nicht Mitleid, sondern Gerechtigkeit und Hilfe. Das Vertrauen auf die Worte der Regierung, daß alles geschehe, um die Bergwerkswunden zu verhüten, können die Bergarbeiter nicht haben. Im Gegenteil, sie sind von tiefem Mißtrauen erfüllt.

Oberbergat Althaus beantwortet die Anfrage und gibt eine Darstellung der Katastrophe.

Nach 10 Uhr abends die Befragung der Großen Anfragen bejohlenen wird, stellen die Pressevertreter die Berichterstattung ein. Nächste Sitzung: 28. September 1921.

Der Abg. Kaba, der im gestrigen Abendblatt als Kommunist bezeichnet war, ist bekanntlich U.S.P.D.

## Kronprinzen-Propaganda.

Seit längerer Zeit sind monarchistische Bestrebungen im Gange, um dem Kronprinzen die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen und ihn in den Mittelpunkt der antirepublikanischen Propaganda zu stellen. Spuren dieser Kampagne beginnen sich nun auch in der Presse bemerkbar zu machen. So wird jetzt eine Unterredung eines Amerikaners mit dem Kronprinzen veröffentlicht, die mit Schilderungen seiner angeblich traurigen Lage und seiner Sehnsucht nach Heimat und Familie an die Rührseligkeit der Leser appelliert. Aber der Kronprinz trage selbst Bedenken, seine Rückkehr vorzubereiten, da sie möglicherweise eine Störung in dem immer noch sehr empfindlichen Organismus des Landes hervorrufen könnte.

Wir können nur bestätigen, daß ein großer Teil des deutschen Volkes gegen alle Pläne einer einseitigen Thronwärterschaft äußerst empfindlich ist, und daß diese Empfindlichkeit jedenfalls stärker begründet ist, als das Mitgefühl mit dem angeblichen Leiden des Kronprinzen. Die Politik der ehemaligen Dynastie hat in Deutschland fährlich unglückliche Opfer hinterlassen als ihn. Man läßt darum gut, auf beschwichtigende Manöver zu verzichten, die nicht nur den inneren Kampf verschärfen, sondern auch peinliche auswärtige Verwicklungen nach sich ziehen könnten.

Ebenso gut wäre es, wenn man auf alle Versuche verzichtete, den Kronprinzen als eine Idealgestalt hinzustellen, die er wahrhaftig nicht ist. Das deutsche Volk verdammt sein Unselbstwert zum mindesten dem Umstand, daß es über den Persönlichkeitswert eines andern Hohenzollern dreißig Jahre lang systematisch beschwindelt worden ist. Gerade die Monarchisten, die dieses Spiel mit dem Vater spielen, kennen auch den Sohn gut genug, um zu wissen, daß jeder Versuch, ihm eine große Rolle zuzuschreiben, über kurz oder lang mit einer neuen Pleite enden müsse.

## Verschobenes Heeresgut.

Magdeburg, 15. Juli. (U.) Vor der vierten Strafkammer des hiesigen Vangerichts stand gestern der Prozeß gegen den Kaufmann Reil und sieben Mitangeklagte zur Verhandlung. Sie werden beschuldigt, acht Waagons Kartuschenhüllen sowie anderes Heeresmaterial vom Artilleriedepot Gerwitz verladen und verschoben bzw. Mithilfe dazu geleistet zu haben. Der Zeugenscheitler, der sofort nach Bekanntwerden der Tat Selbstmord verübte, ist der Leiter der ganzen Schiebung gewesen. Da das Heeresgut ursprünglich auf Grund eines gefälschten Telegrammes an die bekannte Maschinenfabrik R. Wolf, Budau, ohne Wissen des Firmeneinhabers abgeholt war, konnte noch nicht festgestellt werden, ob diese die tatsächlichen Inhaber oder, wie jetzt bekannt wird, die Schrotthütte Stoff u. T. in Magdeburg war. Der Inhaber der Firma Stoff u. T., Kaufmann Selmann und sein Proturist Kaufmann Schulz, befinden sich unter den Mitangeklagten. Die andern fünf Angeklagten, darunter der Dipl.-Ing. Rina und sein früherer Materialverwalter Wilhelm der Firma R. Wolf in Magdeburg-Budau, sollen gegen hohe Provision das Geschäft vermittelt haben. Die Firma Stoff u. T. zahlte als Kaufpreis die Summe von 200 000 Mark. Der Prozeß wird voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen.

## Das Loch im Westen.

Berlin, 15. Juli. (U.) Staatssekretär Hirsch und der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr Trendelenburg haben mit der französischen Regierung in Paris Ende voriger Woche und Anfang dieser Woche verhandelt und die Mißstände zur Sprache gebracht, die seit Einrichtung der Rheinzollgrenze infolge der Einfuhr großer Mengen unerwünschter Waren für Deutschland entstanden sind. Frankreich hat offiziell erklärt, aus dem gegenwärtigen Zustand im Rheinland keinerlei Sonderprivilegien für seinen Handel erstreben zu wollen. Die Unterhändler haben sich über ein Programm geeinigt,

welches der deutschen Regierung hoffentlich ermöglichen wird, als bald auf die Ein- und Ausfuhrermittlungen im Rheinland Einfluß zu nehmen. Dabei soll auch dem besonderen Bedürfnis Deutschlands auf Sicherstellung der Devisenbeschaffung für die Reparationsrechnung getragen werden. Frankreich wird seine Wünsche wegen der französischen Einfuhr mitteilen. Hierüber soll im August weiterverhandelt werden. — Die Tragweite der getroffenen Abmachungen wird sich erst übersehen lassen, wenn die betreffenden Anordnungen

ergangen sind. Die weiteren deutschen Bemühungen, die Alliierten von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Sanktionen und insbesondere die schädlichen Eingriffe in das deutsche Zoll- und Steuerwesen, sowie die Zwischenlinie endlicher außer Kraft zu setzen, werden selbstverständlich dadurch nicht berührt.

## Belgien und die Sanktionen.

Brüssel, 15. Juli. (U.) In der belgischen Kammer verlangte Piérard (Soz.) die Aufhebung der Sanktionen, namentlich der Befehle von Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort; das Kabinett Wirth könne mit Rücksicht auf die Beweise seines guten Willens beanspruchen, daß man ihm entgegenkomme. Er forderte die belgische Regierung auf, die Initiative zu ergreifen und bei der nächsten Tagung des Obersten Rats die Aufhebung der rheinischen Sanktionen zu beantragen.

Außenminister Jaspar erwiderte, daß Belgien in der Frage der Sanktionen nur gemeinsam mit den Alliierten vorgehen könne. Es sei daher nicht angängig, die Haltung der belgischen Regierung in diesem Augenblick zu präzisieren, die für ihre Delegierten im Hinblick auf die höheren Interessen Belgiens volle Aktionsfreiheit sich wahren müsse. Die belgische Regierung könne sich daher durch keinerlei Erklärung binden. Ob die Aufhebung der Sanktionen beschlossener oder die Befehle der drei Rheinstädte verlängert werde, die Entscheidung werde nur in vollkommener Uebereinstimmung zwischen allen Alliierten gefaßt werden.

Für die künftige Wiederholung dieser ministeriellen Redensarten blicke man zur Kenntnis zu nehmen, daß Duisburg und Ruhrort dank einem alten Bodegesetz seit Jahr und Tag eine Gemeinde bilden.

Der Duisburger Bürgerrat ist ohne Angabe von Gründen aufgelöst worden. Ja so ein Bürgerrat hat's in sich!

## Lloyd George und Addison.

London, 15. Juli. (U.) In seiner Antwort auf das Mädrtrittegesch Dr. Addisons sagte Lloyd George, er könne es nicht hinnehmen, daß die Regierung ihre Wohnungskosten aufgeben habe. Die Marktlage habe die Durchführung von Addisons Plänen unmöglich gemacht und der neue Minister habe die Aufgabe, die Pläne auf eine mehr lauffähige Grundlage zu stellen.

In einer Vorkette äußerte sich Lloyd George sehr zuversichtlich über die Festigkeit der Regierung, die bei 17 Nachwahlen gestützt habe und auch über die Verhandlungen mit de Valera, den er als den Führer der großen Mehrheit Irlands bezeichnete.

## Neue Kämpfe in Belfast.

London, 15. Juli. (U.) Die Waffenruhe wird in Dublin und im größten Teil von Irland beachtet. Aber in Belfast bewarfen Einwohner mit Steinen die Polizei, die sofort Feuer gab. Mehrere Polizisten und ein Abgeordneter sind verwundet worden. Die Verluste der Sinnfeiner sind nicht bekannt. Abends war Ruhe.

## Neue Regierungskrise in Ungarn.

Budapest, 14. Juli. (U.) Stephan Friedrich, der nach seiner Rehabilitierung in Lissabon zurückgekehrt ist, wieder ins politische Leben einzutreten und sich an seinen Gegnern zu rächen, ließ in der Nationalversammlung durch den Abg. Beniczky eine Interpellation einbringen, aus der hervorgeht, daß Graf Magaschazy, der Flügeladjutant des Reichsverwesers, während des Karpatenfeldzuges einen Stedbrief gegen Friedrich entlassen hatte, wonach dieser trotz seiner Immunität festgenommen werden sollte. Ferner kündigte Friedrich an, daß er rücksichtslos die Maßnahmen seiner „sehr hochstehenden“ Feinde entlassen werde. In der gleichen Sitzung wandte sich die gesamte Opposition heftig gegen das Kabinett. Der agrardemokratische Abgeordnete Rupert machte Mitteilung von einem neuen Uebergriff militärischer Terroristen und rief unter ungeheurer Tumult, daß im heutigen Ungarn niemand seines Lebens sicher sei. Justizminister Lomcsanyi, der antworten wollte, wurde niedergeschrien. Die Regierungspartei ließ das Kabinett vollständig im Stich. Die Wirkungen der Sitzung, welche die stürmischste seit Bestehen der Nationalversammlung war, sind noch nicht abzusehen. Die Regierungspartei ist vollständig auseinandergefallen. Die Situation des Kabinetts ist um so schwieriger, als diesmal die gesamte Opposition, auch die demokratischen und republikanischen Elemente, gemeinsam mit der Friedrichsgruppe in einer Kampffront gegen die Regierung stehen.

Das Ungar. Tel.-Korr.-Bureau verbreitete am 14. Juli durch W.B. einen Bericht über eine Rede des Sozialdemokraten Karl Bayer. Nach diesem Bericht hatte Bayer den Wunsch des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen nach einem Zusammenwirken der Massen begrüßt und sich auf das Schärfe gegen das Friedensdiktat von Trianon gemeldet. — Das Bayer erklärt hat, das Fehlen des Zusammenwirkens sei nicht von der Arbeiterschaft verschuldet, und daß in Uebereinstimmung mit der Rede Bayer's die Verammlung die Wiederherstellung des Rechtes und die vollständige Aufhebung der Unterdrückungsmassnahmen gefordert hat, davon berichtet das Horthybureau natürlich kein Wort.

## Der internationale Frauenkongreß.

Revision des Friedens — Aufhebung der Sanktionen. Wien, 15. Juli. (U.) Die gestrige Sitzung des Kongresses der Internationalen Frauenliga beschloß eine Kundgebung an Lloyd George sowie an den Präsidenten Harding zum Zeichen des Dankes für die Einberufung der Abzurückungskonferenz. Dieses Kundgebung wird auch an alle zur Teilnahme an dieser Konferenz eingeladenen Regierungen gerichtet werden. Leaf-England erstattete ein Referat über

### Freiheit von Handel und Verkehr.

Der wirtschaftliche Niedergang der Völker sei durch die Politik der Absperrung der großen gegenüber den kleinen Staaten beschleunigt worden. Rodner trat für die Politik der offenen Tür in den Kolonialländern, für die Handelsfreiheit sowie für ein Kreditssystem ein, das den wirtschaftlich schwächeren Völkern den Warenankauf in den produzierenden Ländern ermöglicht.

### Jacobs - Holland referierte über die

### Revision der Friedensverträge.

Sie erklärte, daß nur die Frauen imstande seien, aus den Völkern undrat einen genügenden Druck zur Revision der Friedensverträge auszuüben. Man dürfe nicht vergessen, daß die Friedensbedingungen den Reim zu einem noch größeren und unmenlicheren Krieg in sich bergen, als der letzte war. Alle Staaten, die besiegten, die vermeintlichen Sieger und die Neutralen, lebten unter dem schrecklichen Druck, der sie in beständiger Angst vor der Zukunft hält. Die Friedensbedingungen müßten derart sein, daß sie den Nationen zu einem freundschaftlichen Zusammenleben und zur Entwicklung in Glück und Wohlstand nach ihren eigenen Richtlinien verhelfen. Zu diesem Zweck müßten die Frauen in der ganzen Welt dem arbeitenden Volke klarmachen, was die geltenden Friedensbedingungen für dasselbe bedeuteten.

### So wie - England richtet an die Entente die Mahnung,

### die Sanktionen aufzuheben.

da Deutschland die ihm durch den Friedensvertrag auferlegten schweren Bedingungen zu erfüllen sich ehrlich bemühe. Irland behandelte das irische Problem und beantragte, daß der Erwartung Ausdruck gegeben werde, daß die jetzt

zwischen England und Irland geführten Verhandlungen zu einem dauernden Frieden und zur Versöhnung zwischen den beiden Nationen führen werden. Die Konferenz nahm eine Entschlieung an, die den Kampf Irlands für seine Unabhängigkeit als von vitaler Bedeutung für die zivilisierte Welt hinstellt.

Neuwahlen in Hessen im November. Der Hessische Landtag hat sich gestern nach vierwöchiger Tagung, in der der Staatsvoranschlag und eine Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen erledigt wurde, bis zum Oktober vertagt. Der Präsident teilte am Schluß der Sitzung mit, daß die Neuwahlen in Hessen in der zweiten Hälfte des November stattfinden werden.

Die Kommunisten der Tschechoslowakei haben mit ihren großartig angelegten Kundgebungen am 12. Juli trotz des Wetters „Für Freilassung der politischen Gefangenen“ einen Mißerfolg erlitten; die Beteiligung war recht mäßig. — Die deutsche Sozialdemokratie der Republik hält ihren Parteitag am 9. Oktober und den folgenden Tagen in Prag ab.

Japans Antwort auf Hardings Einladung erklärt lediglich die Bereitwilligkeit zur Beratung über Abrüstung — aber nicht auch über die Chinafrage. Darüber ist man in Washington beunruhigt.

# Wirtschaft

## Amerikanische Kaufleute in der Berliner Handelskammer.

Das Präsidium der Berliner Handelskammer empfing gestern, umgeben von einer Reihe leitender Persönlichkeiten der Berliner Wirtschaft, die in Berlin anwesenden Vertreter der amerikanischen Handelskammer. Von den amerikanischen Herren wurde die Frage gestellt, in welcher Weise Deutschland wieder zu einem leistungsfähigen Abnehmer amerikanischer Rohstoffe gemacht werden könnte. Von deutscher Seite wurde auf die Notwendigkeit einer Milderung der Friedensbedingungen hingewiesen und insbesondere die Notwendigkeit der Befassung des ungetrennten Oberschlesiens bei Deutschland betont, wenn die deutsche Volkswirtschaft auch nur einigermaßen normal arbeiten sollte. Die Gewähr einer großen Anleihe auf längere Zeit hinaus, um die Stabilisierung des Marktes zu ermöglichen, würde naturgemäß neben einer Erleichterung der außerpolitischen Lage der Zukunft Deutschlands zugute kommen. Die amerikanischen Gäste waren mit den deutschen Anwesenden einig, daß eine Wiederherstellung des alten Verhältnisses vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Amerika und Deutschland dringend erforderlich sei. In seinem Schlußwort konnte Präsident von Wendelssohn feststellen, daß, wenn auch keine bestimmten Ergebnisse erzielt seien, doch schon die Tatsache einer freundschaftlichen Aussprache über gemeinsame Interessen zwischen Kaufleuten beider Nationen, die so mannigfache Beziehungen verbinden, ein erfreuliches Ereignis sei, dessen Wiederholung dringend zu wünschen wäre.

Die steigenden Butterpreise. Die im vorgestrigen Abendblatt enthaltene Meldung von einem Anstehen der Butterpreise wird durch den letzten Marktbericht einer führenden Berliner Butterfirma bestätigt. Der Bericht bemerkt, daß die Zufuhren schwach blieben und zu erhöhten Preisen infolge untergebracht wurden. „Die Notierung müßte dieser Tendenz Rechnung tragen und abwärts heraufgehoben werden“. Warum die Zufuhren schwach blieben, ist leider nicht gesagt. Ein vernünftiger Grund dafür wird wohl auch kaum zu finden sein. Es sei denn, daß man das Spekulationsbedürfnis der Produzenten, aus niedrigem Angebot erhöhte Preise zu erzielen, als einen „vernünftigen“ Grund bezeichnet. So etwas nennt man dann: „Das freie Spiel der Kräfte“.

Wesentliche Besserung der deutschösterreichischen Handelsbilanz. Einer Wiener W.B.-Meldung zufolge erreichte nach Mitteilung des Handelsstatistischen Dienstes in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres die Einfuhr nach Oesterreich die Menge von 15,5 Millionen Doppelzentner gegen 11,4. Die Ausfuhr nahezu 3,8 Millionen Doppelzentner gegen 1,0 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Einfuhrmenge steigerte sich also um 23 Proz., die Ausfuhrmenge um fast 100 Proz. Die bisher noch nicht vorliegende Wertbilanz dürfte ein nach wesentlich günstigeres Ergebnis aufweisen als die Regebilanz. Rund Dreiviertel der ganzen Einfuhrmenge bestanden in Kohle und Holz. Ein erfreuliches Zeichen der Belebung der industriellen Tätigkeit bildet neben der gesteigerten Kohlenzufuhr auch die starke Einfuhr der industriellen Rohstoffe bei gleichzeitigem Rückgang des Imports der bezüglichen Fertigprodukte. Rund 55 Proz. der gesamten Einfuhrmenge entfallen auf Deutschland, 25 Proz. auf die Tschechoslowakei. Von der Ausfuhr entfallen 23 Proz. auf Italien, 22 Proz. auf die Tschechoslowakei.

Reichswirtschaftsrat und Ausfuhrabgabe. Als Berichterstatte der vom Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats eingesetzten Sonderkommission hat Dr. Hildebrand einen Bericht ausgearbeitet, der sich mit der beweglichen Abgabe von 26 Proz. unserer Ausfuhr an die Entente befaßt. Der Bericht hat den Zweck, eine Grundlage zu finden, nach der diese Reparationsabgabe unter Berücksichtigung der jeweiligen Gesamtwirtschaftslage durch eine andere Zahlungsart abgelöst werden kann, da Deutschland laut Friedensvertrag das Recht hat, hierfür einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Der Bericht betont, daß die Gelamtausfuhr als schwerere Nothilfe ausweise. Die Ausfuhr sei überhaupt kein Maßstab für die Besserung einer Volkswirtschaft. In der jetzigen Ausfuhrermittlung ist die Wiederausfuhr größtenteils mitenthalten. Dieser sogenannte Reexport bringe höchstens ein paar Prozent Vermittlungsgebühren, es sei unmöglich, ihn mit 26 Proz. zu belasten. Nehmlich stehe es mit dem Beredungsverkehr, für den eine solche Belastung ebenfalls nicht tragbar wäre. Es erache sich daher die Notwendigkeit des Versuches, zu einem Ende zu gelangen, der durch sein Anstreben die vermehrte Ertragsfähigkeit der Wirtschaft erscheinen läßt. Dafür kämen in Betracht: 1. Produktionsänder, also Angaben über die Höhe der Erzeugung wichtiger Massengüter, wie z. B. Kohle, Eisen, Getreide usw. 2. Verbrauchsinde, also Ziffern über den Verbrauch von Treibstoffen, Kaffee, Tee, Zucker. 3. Verlehrsindex (Eisenbahn, Wasserstraßen, Post). 4. Ersparnisindex (Sparkasseneinlagen, Bausparnisse usw.). 5. Steuerindex (Einkommensteuer, Umsatzsteuer usw.). 6. Valutainde (Das Sinken der Mark als Zeichen einer Verschlechterung der Wirtschaft und umgekehrt). Dazu käme dann noch die Berücksichtigung anderer wirtschaftlicher Momente, wie die Feststellung des Beschäftigungsgrades der Arbeiter oder Zunahme bzw. Abnahme der Staatsschulden pro Kopf der Bevölkerung.

Kabelbau zwischen Deutschland und Amerika? Gegenüber der Meldung eines Berliner Blattes, daß die Errichtung eines direkten Kabels zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika infolge „bureaucratischer Bedenkllichkeiten“ auf deutscher Seite nicht zustande gekommen wäre, wird dem W.B. von zufälliger Stelle mitgeteilt, daß abschließende Verhandlungen über den Gegenstand nicht stattgefunden haben und daß deshalb von einem Nichtzustandekommen des bezeichneten Projektes nicht gesprochen werden kann.

Ein rumänisches Enteignungsgesetz gegen Ausländer. Auf Ersuchen des Außenministers Take Ionescu hat die rumänische Kammer einer Anzahl von Zuschanträgen zum Enteignungsgesetz zugestimmt, die sämtlich das Eigentum von Ausländern betreffen. Danach kann fortan Ackerland im Besitz von Ausländern nänzlich enteignet werden, wenn die ausländischen Eigentümer zehn Jahre lang außerhalb Rumäniens sich aufhalten oder ihren Ackerbesitz ungebaut lassen. Damit werden Ausländer auf die gleiche Stufe mit rumänischen Eigentümern gestellt.



